

Besprechungen

Osteuropa-Handbuch, Band Polen. Namens der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung in Zusammenarbeit mit zahlreichen Fachgelehrten herausgegeben von Werner Markert. Köln und Graz 1959. Böhlau-Verlag. XXXII, 829 S. mit 33 Karten, 155 Tabellen und Figuren.

Nach dem 1954 erschienenen Band Jugoslawien liegt nun der zweite Band des namens der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung von Werner Markert herausgegebenen Osteuropa-Handbuchs vor. Wenn eine Charakterisierung des Gesamtwerks in zwei kurzen Formulierungen auch gewagt ist, so möge sie doch vorangestellt werden. Sie kommt einerseits zum Ausdruck in den Worten des Herausgebers, die die Auffassung der 31 Autoren und der übrigen Mitarbeiter unterstreichen: „Übereinstimmend war die Überzeugung, daß es gelte, die Äußerungen des polnischen Volkes aus seinem eigenen Wesen, seinen Kräften und Bedingtheiten heraus zu erklären.“ (S. VII.) Andererseits ist als durchgehende Linie — wohl noch deutlicher als im Band Jugoslawien — die soziologische Gesamtsicht und damit das Ineinandergreifen aller sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Disziplinen festzustellen, das zum Forschungsprogramm der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung gehört.

Der zeitliche Rahmen reicht von den Bestrebungen um die staatliche Unabhängigkeit zu Beginn des Ersten Weltkrieges bis zum Jahre 1958.

Von den drei großen Teilen: I. Die Republik Polen, II. Polen im Zweiten Weltkrieg, III. Polen nach dem Zweiten Weltkrieg, die vorwiegend in den Bereich der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und daneben der politischen und Geistesgeschichte fallen, liegt der Akzent auf dem rd. 340 Seiten umfassenden Abschnitt über die Volksdemokratie. Ein IV. Teil befaßt sich mit der polnischen Wissenschaft und Kunst im XX. Jahrhundert. Der 200 Seiten starke Teil V enthält die Dokumentation, bestehend aus einer Zeittafel, einer Übersicht der Regierungen von 1916 bis 1957, der Verträge von 1919 bis 1957, biographischen Angaben, der Bibliographie und einem Personen-, Orts- und Sachregister.

Wenn im Unterschied zum Jugoslawien-Band eine räumlich-landeskundliche Analyse fehlt, so ist dies allein schon mit der Unvergleichbarkeit des Territoriums in Vor- und Nachkriegszeit zu begründen. Die Grundlage für die Gegenwart bietet die historisch-soziologische Analyse. Seit langem befinden sich Land und Volk im Wandel, es geht lange Zeiten nicht um den konkreten Staat, sondern um die „Gesellschaft“ (społeczeństwo), um das polnische Volk in seinen verschiede-

nen soziologischen Ausprägungen in den drei großen Staaten vor 1914. Die führende Schicht dieses polnischen Volkes kämpft um die Selbstbehauptung, erstrebt die Unabhängigkeit im Anschluß an die geistige Welt des Westens. Während im deutschen Osten die strukturelle Einordnung der polnischen Bevölkerung in den preußischen Staat seit der Industrialisierung schnelle Fortschritte machte, ohne daß eine nationale Assimilierung erfolgte, blieb Galizien in erster Linie agrarisch, nur in Krakau bildete sich ein polnisches Unternehmertum. Eine differenziertere Struktur bestand in Kongreßpolen. Aus der polnischen Adelsnation entwickelte sich eine neue Struktur, indem aus der mittleren und niederen Schicht die neue Intelligenz hervorging. Die Schicht der Gutsbesitzer gab die Führung an die neue Intelligenz ab. Diese neue Schicht durchdrang die Stadt, wurde zur Verwaltungsbürokratie in der polnischen Republik nach dem ersten Weltkriege, bei einem Übergewicht der Intelligenz des russischen Teilgebietes (Einführung W. Markert, Beiträge H. Lauen, W. Conze). Die Vorgänge um die Staatsgründung im ersten Weltkriege werden von W. Conze, die innen- und außenpolitische Entwicklung, insbesondere auch das vielschichtige Minderheitenproblem von H. Roos aufs gründlichste untersucht. Der historischen Analyse folgt eine Wirtschaftsanalyse Polens zwischen beiden Kriegen (C. Poralla), die insbesondere auf den Staatseinfluß, die hohe Verschuldung und den starken Auslandsanteil am Investitionskapital der Industrie sowie auf die Übervölkerung des Dorfes hinweist. In diesem Zusammenhang vermißt man ein Wort über den Großgrundbesitz.

Eine im wesentlichen historische Analyse bieten auch die beiden Beiträge (H. Roos, G. Rhode) über Polen im Zweiten Weltkrieg. Die minutiöse Erforschung aller Einzelheiten, insbesondere der deutschen — und soweit möglich — auch der sowjetischen Politik gegenüber Polen, Ukrainern und Juden im polnischen Staatsgebiet, ergibt ein objektives Bild, wie es an keiner anderen Stelle zu finden ist und dessen Wert als Grundlage für die eigene Besinnung nicht hoch genug zu veranschlagen ist. Das Kapitel über die politische Entwicklung Polens ist deshalb besonders wichtig, weil es die Herausbildung der verschiedenen Führungsgruppen zeigt, die zum Teil nach dem Kriege über erheblichen Einfluß verfügen, zum großen Teil jedoch infolge der Errichtung eines totalitären Systems überhaupt nicht mehr zur Wirkung kommen.

Der Abschnitt III „Polen nach dem Zweiten Weltkrieg“ bietet die eigentliche Gegenwartsanalyse bis in das Jahr 1958. Zweifellos war es für das Erscheinen des Buches günstig, daß der „Polnische Oktober“ und die von ihm ausgelösten Ereignisse noch mitverarbeitet werden konnten. Trotz des geringen zeitlichen Abstandes kann der Aussagewert der einzelnen Abschnitte fast in ihrer Gesamtheit als gültig anerkannt werden. Insbesondere die allgemein-politische und die wirtschaftspolitische Entwicklung seit dem Abschluß der Niederschrift haben dies bestätigt. Als Beleg sollen nur zwei Urteile angeführt werden: „Die mit der Rückkehr Gomulka an die Spitze der PZPR ver-

bundenen und ihr folgenden Umgestaltungen in der Führung und im System der „Volksdemokratie Polen“ können nicht als eine wirkliche Revolution bezeichnet werden“ (S. 253 G. Rhode) und das Urteil K. Günzels, daß die äußeren und inneren Gegebenheiten der Wirtschaftsentwicklung eine radikale Änderung des wirtschaftspolitischen Kurses gar nicht ermöglichten. Der Grad der Wandlung auf dem Gebiet der Kirchenpolitik kommt klar in dem folgenden Satz zum Ausdruck: „Kirchlicher Selbstbehauptungswille und staatlicher Führungsanspruch stehen sich spannungsvoll gegenüber“ (S. 366, Stasiewski). Das politische Kapitel (G. Rhode) zeigt die auch aus anderen „Volksdemokratien“ bekannten Methoden der Machtergreifung durch die Kommunisten und die schrittweise Ausschaltung ihrer Gegner an sehr eindrucksvollen Beispielen. Neben Wahlterror und Wahlmanipulationen haben in den Jahren 1946 und 1947 die Ansprache auf lange vernachlässigte allgemeine innerpolitische Anliegen (Agrarreform) und die antideutsche außenpolitische Parole die Meinungsäußerung beim Volksentscheid und bei den Wahlen erheblich mitbestimmt. Die Darstellung der Entwicklung bis Ende 1957 zeigt das Wiedereinlenken auf einen härteren Kurs. Der Aufsatz über Staatsaufbau und Gesetzgebung (F. Korkisch) macht deutlich, daß bestimmte Rechtsbereiche formal an die Vergangenheit anschließen, aber unter dem Druck der Wirklichkeit eines totalitären Systems einen völlig anderen Sinn erhalten. Ferner wird die große Aktivität im Rahmen des Arbeits- und Sozialrechts unterstrichen, der jedoch keine einheitliche Linie zugebilligt wird.

Die sehr differenzierte Analyse der Wirtschaftspolitik (K. Günzel) geht davon aus, daß sich die Wirtschaft Polens nach dem Kriege vor allem deshalb so schnell erholen konnte, weil es die Verfügung über einen erheblichen intakten Anteil am mitteleuropäischen Industriegebiet (Ostdeutschland) gewann. Es wird unterstrichen, daß Polen zunächst versuchte, nur einige Wirtschaftsbereiche zu sozialisieren („polnisches Wirtschaftsmodell“). Ferner werden die Entstehung spezifischer Krisen aus den Bedingungen des Systems, die Disproportionen der zentralistischen Planung (vernachlässigte Landwirtschaft — überbetonte Schwerindustrie), die Schwierigkeiten und Fehler in der Investitionspolitik und die von Moskau gesteuerte Generallinie untersucht. Auch die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsablauf und Veränderung des Lebensstandards werden an den kritischen Punkten besonders deutlich herausgehoben. Das umfangreiche Belegmaterial der kombinierten Zahlentabellen stützt die Analyse von den volkswirtschaftlichen Gesamtgrößen und einigen weiteren Meßwerten her. Einen sehr konkreten Einblick in Leistung, Kapazität, Wirksamkeit, Standorte und Auslandsabhängigkeit der polnischen Industrie gibt der Beitrag G. Czybulkas, der durch Tabellen und sehr instruktive Karten zur Energiewirtschaft verdeutlicht wird. Die Darstellung der Agrarpolitik (K. Günzel) zeigt besonders die eigene polnische Linie innerhalb des Ostblocks (selbst vor 1956 geringe Kollektivierung). Die Dar-

stellung der Agrarproduktion weist darauf hin (H. v. Krannhals), daß im Vergleich zu 1946 eine etwa gleichbleibende Landbevölkerung 1956 etwa 5,1 Mill. Städter mehr ernähren mußte, und zwar bei einem verhältnismäßig geringen Anstieg der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion. In der kurzen Darstellung von Bankwesen, Staatshaushalt und Steuersystem (B. Kiesewetter) wird mit Recht auf die unzureichenden Unterlagen hingewiesen. Die Bindung Polens an den Ostblock wird von K. C. Thalheim im Zusammenhang mit dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, von Th. Zotschew im Zusammenhang des Außenhandels dargestellt. Z. behandelt darüber hinaus die Wirtschaftsbeziehungen Polens zur übrigen Welt. Von den gegebenen Größenordnungen mögen nur zwei interessante Beispiele angeführt werden: daß Polen wie vor dem Kriege mit 1% den gleichen Anteil am Außenhandelsvolumen der Welt hat, und daß Gesamtdeutschland nach wie vor der zweitgrößte polnische Außenhandelspartner ist. Der Abschnitt „Krise und Veränderungen im Wirtschaftssystem 1955—58“ von G. W. Strobel führt nochmals mitten in die Problematik der Versuche eines „polnischen Wirtschaftsmodells“ hinein. Daraus geht deutlich hervor, welche wirtschaftspolitischen Strömungen damals in Polen bestanden. Wenn die von den Reformern eingeleiteten Maßnahmen heute zum Teil bereits wieder rückgängig gemacht wurden, so ist dies wohl in erster Linie auf Moskauer Einflüsse zurückzuführen.

Die soziologische Sicht kommt besonders in der umfangreichen Abhandlung über „Die polnische Volkskraft und der Bevölkerungswechsel in Ostdeutschland“ von G. Ipsen zum Ausdruck. Das Schicksal des Raumes wird unter den Stichworten Herrschaftswechsel und Bevölkerungsschwund gezeichnet. Die Tatsache, daß „Polen“ fast zur Hälfte auf dem Boden des Deutschen Reiches von 1914 liegt, bestimmt zu einem erheblichen Grade die agrarische Struktur: Hofbauerntum und Anerbensitte bei hoher Marktleistung prägten den Westen, und die Bevölkerung war gezwungen, sich dort in die vorgefundenen Formen einzufügen. Im Kernraum des polnischen Volkes ist jedoch die Landarmut das entscheidende Faktum. Eine mögliche positive Lösung unter dem gegenwärtigen Regime kann im Typus des „Arbeiterbauern“ gefunden werden. — Wenn heute bei einer günstigen Absterbeordnung hohe Geburtenüberschüsse erzielt werden, so ist das weitgehend aus einem Geburtenstoß zu erklären, der auf nachgeholte und vorzeitig geschlossene Ehen nach dem zweiten Weltkrieg, insgesamt auf eine gesteigerte Heiratshäufigkeit zurückzuführen ist. Die Prognose lautet, daß die heutigen Geburtenziffern, die dem Stand der späteren dreißiger Jahre entsprechen, in Zukunft absinken werden. Hervorzuheben sind auch die zugehörigen Karten, vor allem über die Einwohnerdichte der Jahre 1931 bis 1933, 1946 und 1955, die auf Grund aller verfügbaren Grundlagen und Quellen erarbeitet wurden. Sie erfassen sowohl die Landkreise als auch die Städte bis zu einer Mindestgröße von 10 000 Einwohnern und geben ein eindrucksvolles

Bild der —im Grunde konstanten — Bevölkerungsbewegungen und der Veränderungen.

Die Darstellung der Wirtschafts- und Sozialverhältnisse wird durch die Verkehrsabschnitte abgerundet. Die politische und soziale Struktur gewinnt unter dem Gesichtspunkt der bisher bestehenden Völkersymbiose durch die Beiträge über die Kirchen, das Judentum und das Deutschtum schärfere Konturen. Damit wird zugleich eine Grundlage für die Darstellung der geistigen und kulturellen Auseinandersetzungen geboten, die in den Abschnitten über Schulwesen, Jugend, Presse im wesentlichen im Zeitraum seit 1945 geschildert werden.

Alle diese Abschnitte, die im weitesten Sinne dem Bereich der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften und der Gegenwartsgeschichte zugeordnet werden können, enthalten eine systematische Verarbeitung von Tatsachen, wie sie von keinem anderen Institut durchgeführt worden ist. darüber hinaus enthalten sie wissenschaftliche Analysen, die als beispielgebend für die Untersuchung anderer Länder im Sowjetbereich gelten können. Daß selbst in einer so dichten Darstellung manches offen bleiben muß, erklärt sich sowohl aus der Quellenlage als auch aus der Problematik. Aber erst diese Veröffentlichung fordert durch die Darlegung aller Probleme geradezu zu Spezialuntersuchungen auf. Es mögen hier nur einige wenige angeführt werden: Wie haben sich unterdessen in den deutschen Ostgebieten die vorgefundene und zum Teil vom Polentum ausgefüllte Agrarverfassung und die übrige gesellschaftliche Struktur durch die Entwicklung verändert? Welche realen Werte stehen hinter den Globalziffern der Zunahme der industriellen und agrarischen Produktion?

Das Polen-Handbuch der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropa-Forschung kann die verschiedensten Aufgaben erfüllen. Dem Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler wie dem Historiker wird es präzise Einzelkenntnisse und klare Analysen bieten. Dem Politiker und dem Wirtschaftler wird es praktisches Wissen und die Einsicht in die gegebenen Verhältnisse vermitteln. Die Geschlossenheit der einzelnen Abschnitte ermöglicht Einsicht und Übersicht zugleich über den Gesamtzusammenhang. Die Karten, Tabellen und Diagramme würden allein schon einen Übersichtsband „Polen“ füllen. Daß alles im einzelnen genau belegt ist, erlaubt eine fruchtbare Weiterarbeit von einer festen Grundlage aus. Vor allem aber trägt das Buch entscheidend dazu bei, unsere eigene Vergangenheit zu bewältigen und uns in der politischen Gegenwart mit echter Objektivität zurechtzufinden.

Helmut Klocke - Gaunting bei München

Driesch, Johannes von den: *Geschichte der Wohltätigkeit*. Band I: Die Wohltätigkeit im alten Ägypten. Paderborn 1959. Verlag Ferdinand Schöningh. 207 S.

Es handelt sich um den ersten Band einer breit angelegten Geschichte der Wohltätigkeit, die in den folgenden Bänden bis in das 20. Jahrhundert fortgesetzt werden soll. Der erste, zunächst vor-

liegende Band behandelt das alte Ägypten. Da der Verfasser selbst kein Ägyptologe ist, war er auf eine Auswertung der Literatur angewiesen. Aus dieser hat er fleißig zahlreiche Notizen zusammengetragen, die von der humanen und sozialen Einstellung der Ägypter zeugen. Allerdings ist dieser Aufgabe nur das letzte (vierte) Kapitel gewidmet, während die drei ersten Kapitel einen leicht flüssigen, ja populären Überblick über die Geschichte und die Kultur Ägyptens geben und ferner ausführlich auf die religiösen Vorstellungen und Kulte und die Literatur eingehen. Man kann die Frage aufwerfen, ob es in der Tat notwendig war, diese Kapitel, die ja doch nur als Einleitung dienen können und sollen, derartig weit ausgreifen zu lassen, zumal es ja auch in der deutschen Literatur nicht an brauchbaren Darstellungen der ägyptischen Geschichte fehlt (A. Scharff, J. Spiegel, R. Anthes usw.). In dem dem eigentlichen Thema gewidmeten vierten Kapitel werden erst kurz die ethischen und religiösen Grundlagen dargestellt: Gerechtigkeitsvorstellungen, humanitär-patriarchalische Verpflichtungen des Gottkönigs und der Großen und wohl auch utilitaristische Erwägungen führen zu Hilfe für die Armen und Verlassenen, zur Überwachung des Tuns der leicht zu Übergriffen neigenden Beamtschaft und zu einer vergleichsweise schonenden Behandlung auch der Sklaven. Freigebigkeit gilt als sittliche Pflicht der Reichen und Mächtigen, sie ist ein Bestandteil der religiös fundierten Gesamtordnung.

Dem Fachmann hat das Buch kaum Neues zu bieten, abgesehen von der systematischen Ordnung der zahlreichen, in der Literatur verstreuten Einzelhinweise. Für denjenigen, dem die ägyptische Geschichte fremd ist, mag das Buch eine brauchbare Einführung sein.

F r i e d r i c h L ü t g e - M ü n c h e n

G r e k o w , B. D.: *Die Bauern in der Rus von den ältesten Zeiten bis zum 17. Jahrhundert*. Band I. Berlin 1958. Akademie-Verlag. VIII u. 539 S.

Dieses Werk des inzwischen verstorbenen russischen Historikers, auf das hier kurz hingewiesen sei, ist nach der ersten russischen Auflage von H. Truhart und Kyra von Bergstraesser übersetzt und nach der zweiten russischen Auflage von P. Hoffmann noch einmal überarbeitet worden; es erscheint gerecht, diese Namen zu nennen, um auch ihr Verdienst hervorzuheben.

Ein Rezensent, dem die russische Sprache und damit die russische Literatur unbekannt sind, darf sich nicht anmaßen, zu den vielen wissenschaftlichen Streitfragen Stellung zu nehmen, die der ungemein belehene Verfasser ausbreitet. Das Werk ist nämlich so aufgebaut, daß die verschiedenen Auffassungen, die zu den mannigfaltigen Problemen in der Literatur geäußert worden sind, vom Verfasser jeweils referierend wiedergegeben werden, ehe er dann selbst seine eigene Auffassung formuliert. Dadurch ist dieses Buch zwar nicht leicht lesbar, vermittelt aber dafür eine Vorstellung von der großen Mannigfaltigkeit der Probleme und deren Beantwortungen.

Die Darstellung beginnt mit der Frühzeit, d. h. jenen Perioden, ehe das russische Volk sich herausgebildet hat, und in denen in dem späteren Zentrum dieses Volkes, dem Dnestr- und Dneprgebiet, noch andere Völkerschaften wohnten (Skythen usw.). Im Gegensatz zum Titel endet die Darstellung meist im 15. Jahrhundert; nur selten wird bis in das 16., und nur ganz selten bis in das 17. Jahrhundert ausgegriffen. Großen Wert legt der Verf. auf die Tatsache, daß Ackerbau und Viehzucht schon in der frühesten Zeit der Rus im Vordergrund gestanden haben. Eines der Hauptthemen ist die Darstellung der Fortentwicklung der Sozialverfassung von der am Anfang stehenden Familien- und Sippenverfassung zur bäuerlichen Nachbarschaftsgemeinde (Obstschina) mit dem Aufkommen fürstlicher Gewalten, und sodann die Entstehung eines Feudalsystems, das sich ökonomisch auf Renteneinkommen stützt (nicht so sehr auf große Eigenbetriebe). Das ist ja eine Entwicklung, wie sie im Kern — wenn auch mit Varianten im einzelnen — auch bei anderen Völkern des Ostens wie auch des sonstigen Europa anzutreffen ist, wo es gilt, Träger bestimmter höherer Funktionen überwiegend unter naturalwirtschaftlichen Voraussetzungen mit einer ökonomischen Basis zu versehen.

Hervorheben möchte ich die Ausführungen über die Sklaverei S. 141 ff., in denen der Unterschied gegenüber der antiken Sklaverei deutlich herausgearbeitet wird, wie mir scheinen will, im Kern sehr zutreffend. Nicht so ganz wird man den Ausführungen über die deutschen Kolonisten in Wolhynien zustimmen können (S. 333 ff.). Nicht um „unglückliche deutsche Bauern“ handelt es sich, die durch Versprechungen zum Zug nach dem Osten verlockt werden, sondern um Neusiedler, für die die Heimat angesichts des Bevölkerungszuwachses keinen Raum mehr bot; auch ist es wohl nicht zutreffend, die Verleihung des deutschen Stadtrechtes (Magdeburger Rechtes) als so bedeutungslos hinzustellen, wie das geschieht (z. B. S. 339).

Neben Wolhynien werden (in den letzten Abschnitten) auch die Gebiete im Norden (Nowgorod, Pskow, Livland usw.) in die Untersuchung einbezogen und damit das Thema nach dieser Richtung hin erweitert.

Ein gehaltreiches, allerdings nicht leicht zu studierendes Buch.

Friedrich Lütge-München

Brunner, Otto: *Land und Herrschaft*. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter. Vierte, veränderte Auflage. Wien 1959. Rudolf Rohrer Verlag. 463 S.

Es will schon etwas bedeuten, wenn von einem solchen Buch wie dem vorliegenden eine vierte Auflage erscheinen kann. Das beweist, wie unvermindert groß die Auseinandersetzung mit dem Grundanliegen des Verfassers ist. Denn dieses ist ja nicht so sehr in der Darstellung der besonderen verfassungsgeschichtlichen Entwicklung in dem Südostraum des deutschen Volksgebietes zu erblicken, sondern in dem zentralen methodischen Anliegen, nämlich die Verfassungsgeschichte

und eigentlich die gesamte (also auch politische und soziale) Geschichte aus den Vorstellungen der Zeit heraus zu verstehen und nicht aus den Begriffen, wie sie das 19. Jahrhundert geprägt hat. Man wird schon heute sagen dürfen, daß sich dieser Gedanke in einem immer mehr zunehmenden Maße durchgesetzt hat, und je mehr wir uns von dem 19. Jahrhundert und seiner Vorstellungswelt entfernen, um so eher besteht die Aussicht, daß diese Haltung allgemeine Anerkennung findet.

Das Buch ist auch in der Neuauflage das alte geblieben, es konnte seinem Charakter nach ja auch keine grundlegende Änderung erfahren. „Es wird“, so sagt der Verfasser selbst im Vorwort, „versucht“, allgemeine Probleme der Verfassungsgeschichte durch die möglichst vollständige Erfassung eines zeitlich und räumlich begrenzten Bereichs zu fördern“. Was der Verfasser tun konnte, war, neue Publikationen zu berücksichtigen, ebenso neue Quellenpublikationen auszuwerten und weitere archivalische Materialien heranzuziehen. Noch mehr als in den früheren Auflagen ist dem Verfasser deutlich geworden, daß die für den behandelten Raum gültigen Ergebnisse nicht schematisch auf andere Gebiete übertragen werden können. Seine eingeleiteten Vorarbeiten zu einer Untersuchung der territorialen Struktur Nordwestdeutschlands haben ihn in dieser Auffassung bestärkt. Und so hat er denn den Schlußabschnitt der dritten Auflage, in dem sich einige Hinweise auf die Entwicklung in anderen Bereichen befanden, fortgelassen. Dem Rezensenten ist es bei seinen eigenen Untersuchungen zur Geschichte der deutschen Agrarverfassung ähnlich gegangen: das Bild ist in den einzelnen Gebieten Deutschlands so unterschiedlich, daß ein und dieselbe Bezeichnung in concreto auf durchaus unterschiedliche Tatbestände zielt und es nur auf der Grundlage sehr breiter Detailkenntnisse möglich ist, Allgemeines auszusagen. Aber dieses Fortlassen ist wohl nicht so zu deuten, daß vom Verfasser gewisse allgemeine Erkenntnisse, die er in dem genannten Schlußabschnitt der 3. Auflage formuliert hatte, preisgegeben hat. So etwa die Einsicht, daß in dieser Zeit alles politische Handeln ein Kampf ums Recht ist, ungeachtet der Tatsache, daß Machtverhältnisse und Interessen der Parteien in starkem Maße mitsprechen. Das gleiche gilt für die Vorstellung vom Reich und von der Landesherrschaft, von der Bedeutung des Herrschaftsbegriffes und dem inneren Sinn der Verfassung.

Es kann als sicher gelten, daß dieses Buch in der überarbeiteten Fassung weiterhin seinen hohen Rang behaupten und sich fruchtbar auswirken wird.

Friedrich Lütge - München

Rörig, Fritz: *Wirtschaftskräfte im Mittelalter*. Abhandlungen zur Stadt- und Hansegeschichte, herausgegeben von Paul Kaegbein. Köln-Graz 1959. Böhlau Verlag. 707 S.

Unter diesem — etwas weit gefaßten — Titel sind die wichtigsten Abhandlungen Rörigs zur Stadt- speziell Hansegeschichte zusammengefaßt und durch diesen Neudruck leichter zugänglich gemacht worden, ausgenommen jene Arbeiten, die bereits 1940 in dem Bändchen „Vom

Werden und Wesen der Hanse“ herausgegeben waren. Dagegen finden sich manche der „Hansischen Beiträge zur deutschen Wirtschaftsgeschichte“ (1928) wieder an. Hervorgehoben seien die Arbeiten „Lübeck und der Ursprung der Ratsverfassung“, „Der Markt von Lübeck“, „Lübecker Familien und Persönlichkeiten aus der Frühzeit der Stadt“, „Das älteste erhaltene deutsche Kaufmannsbüchlein“, „Großhandel und Großhändler im Lübeck des 14. Jahrhunderts“ und andere Studien zur hansischen Geschichte. Daneben stehen Arbeiten generellen Charakters, wie etwa „Territorialwirtschaft und Stadtwirtschaft“ (seine Auseinandersetzung mit dem gleichnamigen Buch von H. Spangenberg), dann aber auch sein einst bahnbrechender Kieler Vortrag „Mittelalterliche Weltwirtschaft“. Neu ist lediglich ein Fragment, das sich in seinem Nachlaß befand und die ersten Abschnitte einer von ihm geplanten, leider nicht mehr vollendeten Geschichte der Deutschen Hanse darstellt und hier unter dem Titel „Die Entstehung der Hanse und der Ostseeraum“ veröffentlicht wird. Diese Arbeit reicht zeitlich im wesentlichen bis zum Ende des 13. Jahrhunderts, auch wenn in einigen Bemerkungen darüber hinaus gegriffen wird. Hervorgehoben sei schließlich die Abhandlung „Magdeburgs Entstehung und die ältere Handelsgeschichte“, in dem die Ausgrabungen in dem zerstörten Stadtkern Magdeburgs handelsgeschichtlich gedeutet werden.

Es ist heute nicht mehr erforderlich, auf diese Arbeiten im einzelnen einzugehen. Sie sind nicht mehr wegzudenkende Untersuchungen über eines der gewichtigsten Kapitel der deutschen Wirtschaftsgeschichte und haben alle daran anschließenden Arbeiten zur hansischen Geschichte und zur deutschen Stadtgeschichte in einem Ausmaße gefördert, das nicht mehr hervorgehoben zu werden braucht. Und von hier aus ergibt sich auch die Berechtigung dieses Sammelbandes.

F r i e d r i c h L ü t g e - M ü n c h e n

Die ältesten Steierischen Landtagsakten 1396—1519. Teil II: (1452 bis 1493). Bearbeitet von Burkhard Seuffert und Gottfriede Kogler. (Quellen zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte der Steiermark, hrsg. von der Historischen Landeskommission für Steiermark, Bd. IV, Teil II.) 4°. Graz-Wien 1958. Stiasny Verlag GmbH. XVI u. 356 Seiten.

Der zweite Teil dieser Publikation umfaßt die Zeit von 1452 bis 1493, also die Jahrzehnte, in der der 1440 zum Deutschen König gewählte Friedrich III. die Kaiserkrone trug (gekrönt 1452 in Rom, als letzter der dort gekrönten Kaiser). Ein großer Teil der hier — wie mir scheinen will — sehr verständnisvoll publizierten Materialien befaßt sich mit den zahlreichen innerpolitischen Auseinandersetzungen, die Friedrich III. führen mußte, um seine Herrschaft zu behaupten und zu festigen. Dazu kommen die Auseinandersetzungen mit Ungarn und namentlich die Kämpfe mit den Türken, die verständlicherweise in den Urkunden ihren Niederschlag finden. Hingewiesen sei ferner

auf die Tatsache der Mitwirkung der Städte. Es wäre sehr erwünscht, daß diese Publikation — neben sonstigen Materialien — einmal dazu führte, die Bedeutung der Stände in den Habsburger Erbländen einer genaueren Untersuchung zu unterziehen. Für den Wirtschaftshistoriker sind diejenigen Urkunden wohl am interessantesten, die sich mit Steuerfragen befassen. War doch der Aufbau eines geordneten, zumindest einigermaßen leistungsfähigen Steuerwesens eine der wichtigsten und zugleich schwierigsten Fragen, vor die dieser Kaiser gestellt war und denen er sich auch persönlich besonders widmete. Auch Fragen der Kaufmannschaft, der Markt- und Gewerbeordnungen, der Judenschaft, des Geldwesens usw. tauchen in diesen Landtagsverhandlungen immer wieder auf. So ist diese sorgfältig gearbeitete Publikation auch für den Wirtschaftshistoriker von erheblicher Bedeutung.

Friedrich Lütge-München

Neuß, Erich: *Entstehung und Entwicklung der Klasse der besitzlosen Lohnarbeiter in Halle*. Eine Grundlegung. (Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Phil.-hist. Klasse, Band 51, Heft 1.) Berlin 1958. Akademie-Verlag. 344 S.

Neuß beschäftigt sich mit einem verhältnismäßig kleinen Beobachtungsraum, und diese Beschränkung ist bei dem sonst kaum angeschnittenen, geschweige denn bearbeiteten Thema um so gerechtfertigter, als Halle mit seiner Salzgewinnung besser als mancher andere Ort Aufschlüsse über die Geschichte der Lohnarbeiter gewährt. Hinzu kommt, daß Neuß seine Stadt stets im Zusammenhang mit anderen Städten des mitteldeutschen Raumes sieht und vielfach sogar noch über diesen hinausgeht.

Das Thema wird in zwei Teilen abgehandelt: Etwa zwei Drittel des Buches beschäftigen sich in acht Kapiteln mit der Zeit von den ersten Spuren einer Lohnarbeiterschaft in Halle bis zum preußisch-französischen Kriege zu Beginn des 19. Jahrhunderts — Neuß spricht hier vom „Zusammenbruch der Monarchie“. Ein Drittel fügt die Jahrzehnte bis 1865, bis zur Entstehung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins an.

Zuerst setzt sich Neuß auseinander mit der für seine Untersuchung besonders schwierigen Quellenlage. Er knüpft an das Wort Th. B. Macaulays an: „Die zahlreichste Klasse, nämlich des unteren Volkes, ist gerade diejenige, in betreff deren wir die dürftigsten Nachrichten haben.“ Und doch kann Neuß auf Grund einer ganz außergewöhnlichen Kenntnis der Archivalien die Geschichte der Lohnarbeiter in Halle aufdecken, soweit das überhaupt möglich zu sein scheint. Selbstverständlich bleiben bei der Spärlichkeit der Überlieferung manche Fragen unbeantwortet, etwa die nach dem Eingreifen des Rates bzw. Landesherrn in die Arbeitsverhältnisse während des Hochmittelalters.

Die Entstehung einer Schicht freier besitzloser Lohnarbeiter wird vor allem an der Salzarbeiterschaft verfolgt. Diese Salinenarbeiter

waren zunächst auf Grund eines Hörigkeitsverhältnisses zur Arbeit verpflichtet, und sie wurden Arbeiter, die einen freien Arbeitsvertrag abschließen konnten, nachdem die Siedlung Halle zur Stadt erhoben worden war und dieser durch den Mauerring von etwa 1120 auch die Salinenwerkstätten zugehörten. Um 1200 dann gliedern sich die besitzlosen Lohnarbeiter in Halle, die Neuß außer in den Salinen noch in anderen Berufen nachweist und die er auch zu den Dagewerchten bzw. Dachworten der näheren Umgebung der Stadt in Beziehung setzt, in drei Gruppen, die Hon-Firnberg in ihrem Buche „Lohnarbeiter und freie Lohnarbeit im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit“ unter der ländlichen Bevölkerung unterscheidet; es sind die Unfreien, die einen Arbeitgeber frei wählten, die Hörigen, die neben ihren Zwangsdiensten noch Zeit fanden, sich frei zu verdingen, und die Freien, die einen freien Arbeitsvertrag abschlossen.

Bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts erwachte in den Lohnarbeitern, die einen steigenden Anteil an der Zahl der Bevölkerung ausmachten, das Bewußtsein, einen besonderen Stand zu bilden. Als Arme, als Besitzlose stehen sie auf der untersten Stufe der städtischen Gesellschaft, und in ihren Reihen spielen neben anderen Gruppen die Hallknechte, die Sole- und Salztransportarbeiter, auch während der Revolution im September 1478 die wichtigste Rolle. Ihre wirtschaftliche Lage war bei dem allgemeinen Arbeitermangel bis hin zum Ausgange des 16. Jahrhunderts trotz der stetig steigenden Getreidepreise noch nicht so schlecht, daß es zu überstarken sozialen Spannungen gekommen wäre. Lohnordnungen des Rates und des Landesherrn, des Erzbischofs, versuchten, in die Arbeitsverhältnisse regelnd einzugreifen.

Die Armut der Lohnarbeiter wuchs während der letzten Jahrzehnte vor dem Dreißigjährigen Kriege. Sie steigerte sich bedenklich vor allem in der Kipper- und Wipperzeit; jetzt weitete sich die wirtschaftliche und soziale Entfernung zwischen der untersten Schicht der Einwohnerschaft und den anderen Teilen der Bevölkerung der Stadt zu einer „tiefen Kluft“, wie Neuß mehrfach betont. Schließlich wurden während des Großen Krieges bei dem wechselvollen Geschick Halles und bei dem Rückgange der Salzgewinnung weder der Rat noch die landesherrliche Regierung trotz verschiedener Versuche mit der Stadtarmut fertig. Die Not hielt auch nach einer gewissen Erholung in den Jahren 1670 ff. weiterhin an, und wiederholte Unruhen und Aufstände konnten den armen Leuten erst recht nicht helfen. Dabei gewannen diese nach den schweren Pestjahren von 1681 bis 1683 und nach der Eingliederung des Saale-Kreises in den brandenburgischen Staat im Zusammenhange mit der merkantilistischen Politik der Hohenzollern an Bedeutung. Sie versuchten nun, in den Manufakturen Arbeit zu finden, besonders in den verschiedenen Zweigen des Textilgewerbes. Neuß kann hier auf Grund der Quellen genauere Untersuchungen über Löhne und Lebensverhältnisse, über Wohnung und Kleidung anstellen.

Eine nachhaltige Besserung der wirtschaftlichen Lage der Lohnarbeiter stellte sich im Zeitalter des Absolutismus aber nicht ein, da es zu mehrfachen Stockungen und Erschütterungen im Wirtschaftsleben kam. Diese hingen zusammen mit dem langen Zollkrieg zwischen Preußen und Sachsen nach 1719, mit den Schlesischen Kriegen, mit den geringen Löhnen, den Kontributionen und Münzverschlechterungen, mit dem Steigen der Preise, z. B. der Wollpreise des Jahres 1728 auf das Fünfzigfache während des Siebenjährigen Krieges. Auch das Almosenwesen der Stadt hat die Lage der armen Leute, dieser Masse von rund 8000 „unterbeschäftigten, unterernährten und mangelhaft unterrichteten besitzlosen Lohnarbeitern nebst Anhang“ bei etwas mehr als 20 000 Einwohnern (S. 340), nicht zu heben vermocht. Die Not wurde bei den sich fast regelmäßig wiederholenden Hungersnöten im gesamten Herzogtum Magdeburg kurz vor den Ernten und infolge des Wuchers verschiedener Getreidespekulanten so groß, daß am 15. Juni 1805 ein Hungeraufstand ausbrach, an dem nun aber nicht nur besitzlose Lohnarbeiter teilnahmen. Und der König Friedrich Wilhelm III. verhängte solch schwere Strafen, daß diese „in ihrer Drastik und Grausamkeit die Macht des absoluten Königtums“ bekundeten (S. 219).

Die Kriegereignisse seit 1806, der Untergang der Manufakturen und eine gewisse „Entmittelalterlichung“ (S. 341), die schlechten Ernten auch nach den Befreiungskriegen und die mehrfachen Pocken- und Choleraepidemien haben einem wirtschaftlichen Aufstieg der Arbeiterbevölkerung in Halle während der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts entgegengestanden. Hinzukommt, daß der Rat noch immer nicht die Probleme der Armenfürsorge zu meistern verstand und daß eine Industrialisierung nur sehr zögernd einsetzte, weil in Halle ein erfolgreiches Unternehmertum fehlte. Wenn sich Spuren eines allgemeinen wirtschaftlichen Fortschrittes gegen Ende der 30er Jahre bemerkbar machten, dann profitierten zunächst die Arbeiter in den Salinen, in der Stärkemacherei, Zuckersiederei, Braunkohlenindustrie und Eisenwaggonfabrik. Aber der große Hungeraufstand am 22. April 1847 beweist doch wieder die bedrückte Lage der Lohnarbeiter. Nur kommt es jetzt in dieser Bevölkerungsschicht zu den „ersten zielbewußten politischen und wirtschaftlichen Regungen“. Es entstanden der „Volksverein“, dem „die erste politische organisierte Gruppe der hallischen Arbeiterschaft“ angehörte (S. 282), und der „Arbeiterverein“, der erreichen wollte, daß der Arbeiter „endlich menschlich leben“ könne; er forderte u. a. Zusage ununterbrochener Beschäftigung und zwölfstündige Arbeitszeit (S. 289).

Im letzten Kapitel geht Neuß auf die Entwicklung der hallischen Industrie von 1848 bis in das sechste Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ein, vor allem auf die Eisenindustrie. Es ist die Zeit, in der sich die „Lohnarbeiter zum klassenbewußten Industrieproletariat“ entfalten. Viele Probleme verfolgt Neuß noch über das Gründungsjahr des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hinaus.

Insgesamt ist man der gründlichen und gar nicht leicht auszuschöpfenden Arbeit des Verfassers, die in jahrzehntelanger Forschung entstanden ist, dankbar verpflichtet. Man muß sich nur bewußt bleiben, daß Neuß sein Buch von einer politischen Einstellung her geschrieben hat und daß man dieses Politicum zu eliminieren hat. Schon im ersten Kapitel heißt es bei der allgemeinen Beurteilung der einschlägigen Literatur z. B. über die „Geschichte der Stadt Halle“ von R. Hünicken, daß hier auf die besitzlosen Lohnarbeiter deshalb nicht eingegangen worden sei, weil die Behandlung eines solchen Themas damals, als das Buch erschien — im Jahre 1941 —, „nicht opportun gewesen wäre“. Oder: Auf S. 24 wird von „hilflosen Exponenten eines vierten Standes“ im 14. Jahrhundert gesprochen. Nach vielen anderen Stellen, die die politische Basis verraten, macht Neuß eine Verbeugung vor seinen Regenten der sowjetischen Besatzungszone, die doch nur eine — wie erst im Dezember 1959 Ulbricht wieder betonte — politisch gegründete Wissenschaft anerkennen. Er schreibt, daß seit 1945 „die Geschichtswissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik sich in einem früher nicht bekannten und auch nicht gewünschten Ausmaß der Erforschung der Lage der besitzlosen Lohnarbeiter in der Vergangenheit und ihrer politisch-organisatorischen Entwicklung zugewandt“ habe. Bei der auf diese Weise betonten Opportunität der eigenen Forschung hätte gerechterweise auch noch z. B. die Literatur herangezogen werden müssen, die zu dem vorliegenden Thema von A. Zycha 1899 ff., W. Ebel (Gewerbliches Arbeitsvertragsrecht im Mittelalter, 1934) und H. Gellbach (Arbeitsvertragsrecht der Fabrikarbeiter im 18. Jahrhundert, 1939) vorgelegt worden ist. Schließlich gehört in diesen Zusammenhang, daß H. Hon-Firnberg (Lohnarbeiter und freie Lohnarbeit, 1935) mehrfach als Horn-Firnberg eben falsch zitiert wird.

Eberhard Schmieder - Berlin

Schwerin von Krosigk, Lutz Graf: *Die große Zeit des Feuers*. Der Weg der deutschen Industrie. Band 1 und 2. Tübingen 1957/58. Rainer Wunderlich Verlag Hermann Leins. 711, 701 S.

Die von H. Heimpel (Über Geschichte und Geschichtswissenschaft in unserer Zeit, Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 71 vom 25. 3. 1959) entworfene Charakteristik vom Stand seiner Disziplin, „Historie“ werde „in früher nicht geahnter Breite“ getrieben, bezeugen wohl besonders beispielhaft die beiden vorliegenden Bände, ganz zu schweigen von dem noch folgenden dritten Band und sonach insgesamt von einer Abmessung, die man unwillkürlich in Vergleich mit den Kolossalbildern der Historienmaler des 19. Jahrhunderts zu setzen geneigt ist. Dies um so mehr, als der Verfasser seiner Geschichte der deutschen Industrie nicht ausgesprochen strenge Wissenschaftlichkeit, sondern eine populärwissenschaftliche und damit für ein breiteres Publikum gemünzte Darstellungsweise zugrunde gelegt hat, indem obendrein Leitgedanke war, die industrielle Entwicklung vom Menschen her als dem Beherrscher von Technik und Wissenschaft oder

genauer von menschlichen Einzelschicksalen und vom Werdegang einzelner Unternehmen aus durch Aneinanderreihen von Detailschilderungen in brillanter, erzählender Form zu verdeutlichen, wobei eingangs immerhin ausdrücklich eingeräumt wird, daß die getroffene Auswahl hin und wieder Kritik hervorrufen mag.

Im 1. Band ist die Disposition zwar auf Periodisierung abgestimmt, die aber insofern gegenüber der in der Wirtschaftsgeschichte allgemein üblichen Phaseneinteilung (zuletzt noch E. Bernhauer, Die Konjunkturtheorie Joseph Schumpeters, Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft, 115. Bd., 1959, S. 637) differiert, als das industrielle Frühstadium auf 1800 bis 1840 verlegt wird und nicht auf 1780 bis 1840, und die spätere Datierung erklärt sich mit dem Verfasser daraus, daß in Deutschland die Dampfmaschine als das Symbol des Wendepunktes erst wenige Jahre vor 1800 eingeführt worden und etwa zur selben Frist auch erst die Fabrik ins Leben getreten sei. Alles, was sich vorher an Neuerungen in der wirtschaftlichen Produktionssphäre praktisch bewährte, wird — ausgehend von B. Schwarz unter dem Titel „Verwandter der Welt“, von Agricola unter „Wegbereiter ins Grenzenlose“ und von Paracelsus unter „Hexenküche“ usw. (während Heimpel, ebenso wie u. a. Schadewaldt, die Begründung der modernen Naturwissenschaft und Technik deutscherseits auf J. Kepler zurückführt, dessen Rechenmaschine zum mindesten gerade heute noch Erwähnung verdient hätte) — dem 1. Kapitel über die „vorindustrielle“ Ära zugeschlagen. Daß dann ausgerechnet darin „Betriebsformen der mittelalterlichen Industrie“ und manche „Fabriken“ des 17. und 18. Jahrhunderts, so Buderus und Hoesch, nähere Betrachtung erfahren, kann an sich allerdings sowohl der Kapitelüberschrift als auch der obigen Aussage wegen allein den Laien verwirren, der einigermaßen wirtschaftshistorisch Bewanderte dürfte, nachdem der Nachweis von wirklichen deutschen Fabriken im 18. Jahrhundert (G. Jahn, Die Entstehung der Fabrik, Schmollers Jahrbuch, 69. Jahrg., 1949, S. 80 ff. und 193 ff.) nicht eben neu ist, in keinerlei Konflikt geraten. Eine absolute Verkennung der Kriterien bedeutet im 2. Kapitel über die „frühindustrielle Zeit“ hingegen die Identifikation der Begriffe Industrie und Großbetrieb. Indessen der epochenmäßig abgezielten Gliederung des Prozeßablaufes thematisch ganz und gar unangemessen ist vor allen Dingen, daß bereits im 1. und auch im 2. Kapitel der Aufstieg von heute noch bestehenden Werken teils bis hoch ins 19., teils bis ins 20. Jahrhundert nachgezeichnet wird und daß im 3. und letzten Kapitel, das mit dem Jahre 1870 endigt, z. B. aus dem Genossenschaftswesen Zahlen selbst von 1952 auftauchen. Daher kaum verwunderlich, wenn infolge dieses Überschreitens der Zäsuren etwa das 1. Kapitel des Buches nahezu ein Drittel des Gesamtumfanges beansprucht, und kein Wunder auch, wenn die stoffliche Gewichts-

verteilung außerdem darunter leidet, daß Wiederholungen schon deswegen nicht immer zu umgehen waren, weil die Persönlichkeiten, die, sei es als Erfinder oder Forscher, sei es als Unternehmer, entscheidend zum Wachstum des Industriekörpers — beschrieben werden im großen und ganzen tonangebende Firmen aus Grundstoffindustrie, Maschinenbau, Textilindustrie, Chemie und Optik — beitrugen, in der Regel nicht bloß in einer der genannten Stufen nachhaltig dominierten. Darüber hinaus gibt es jedoch solche Wiederholungen, die, da in der Tat nur Ballast, hätten eingespart werden können und müssen, ohne daß der Fluß der Handlung deshalb irgendwie beeinträchtigt worden wäre; im Gegenteil, bei der riesenhaften Menge und Vielseitigkeit der erläuterten Fakten nebst ihren Begleiterscheinungen, wie das soziale Phänomen und die Expansion des Verkehrs, würde der Leser ohnehin knappste Textfassung dankbar empfunden haben.

Alle diese Überladungen sind nun im 2. Band, der sich mit dem Ausreifen der Industrie zwischen 1871 und 1957 beschäftigt, von vornherein dadurch auf ein Minimum herabgedrückt worden, daß die Fortschritte nicht abermals in zeitlichen Etappen — in umfassenden Rückblicken auf die Gesamtindustrie erfolgt ja sonst meistens eine säuberliche Trennung zwischen den Jahrzehnten vor und nach dem ersten Weltkrieg — zur Durchleuchtung gelangen; vielmehr wird Industriezweig für Industriezweig jeweils für sich durch Herausstellen der größten Betriebe mit ihren Spitzenkräften erschöpfend veranschaulicht. Soweit hierbei Unternehmen und deren Köpfe zur Debatte stehen, die bereits im 1. Band eine Rolle spielten, konnte natürlich gewissen Wiederholungen nicht ausgewichen werden, aber der Verfasser hat jetzt in dem Buch mutmaßlich aus der eigener Erfahrung entsprungenen Eingebung, die Lektüre des hyperdimensionalen Kompendiums letzten Endes so oder so erleichtern zu müssen, wenn auch nicht stets, so doch überwiegend auf die betreffenden Seiten im 1. Band verwiesen. An ähnlich den alten Industrien emporgeschossenen Branchen ist, abgesehen von den enorm vermehrten Spezialgebieten im chemischen Sektor — man denke lediglich daran, wie sich der einst belächelte „Ersatz“ rekordartig in Gestalt von synthetischen Fasern und Kunststoff zu einem volkstümlichen Massenerzeugnis verwandelt hat —, neben der Kali- und Ölindustrie sowie dem Motorenbau, dem neuerdings eine Umwälzung durch den Wankel-Motor vorausgesagt wird, in erster Linie die elektrotechnische Industrie zu nennen, die freilich in ihren Anfängen entsprechend dem Gründungsjahr von Siemens & Halske eigentlich schon im 1. Band hätte umrissen werden sollen. Gerade der zusammenhängende Aufschluß über das Haus dokumentiert andererseits zweifelsfrei, daß das ursprünglich durch die zeitliche Aufspaltung der Arbeit verursachte Dilemma der

Wiederholungen überhaupt nicht oder fast nicht entstanden wäre, wenn das nunmehr erprobte Vorgehen schon im 1. Band Anwendung gefunden haben würde. Unergründlich bleibt indessen, weshalb die „Steckengebliebenen Erfindungen“, die vor 100 und mehr Jahren manche Geister bewegten, nicht an früherer Stelle, wo sie wesensgemäß hingehören, eingefügt worden sind. Welch tiefe Einsichten und welch weitgespanntes Wissen, und das gepaart mit selbständigem Urteil, im übrigen der Verfasser besitzt, bringt kategorisch das kühle und umsichtige Abwägen jüngerer Geschehnisse an den Tag; nach wie vor triftig das Aufwerfen der Frage nach der Funktionsfähigkeit der Rentenreform im Falle einer konjunkturellen Depression; aktueller mehr denn je die Feststellung, daß die SPD „revisionistischer, die Gewerkschaft radikaler geworden“ sei; und was angesichts der vor Ende 1959 durch Ablauf von Steuervergünstigungen ausgelösten Welle von Umwandlung und Zusammenschluß von Unternehmen höchste Aufmerksamkeit wecken dürfte, ist der Schlußabschnitt über „Zauber-künstler der Organisation“, darunter F. Flick, der während der gekennzeichneten Konzentrationstendenz erneut ins Gespräch kam, mithin prompt die hier seherisch unterstellte Annahme von künftigen „Überraschungen“ voll eintraf.

Schade, daß nicht sämtliche Druckfehler, zuvörderst bei Zahlenangaben, beseitigt worden sind und daß die Lebensdaten von namhaften Größen nicht ausnahmslos oder oft erst in späterer Verbindung angemerkt werden im Gegensatz etwa zu denen von Georg von Siemens, die mehrfach wiederkehren.

Mag man auch mit der Anlage der Bände nicht ohne Vorbehalte einverstanden sein, der Wirtschaftshistoriker wird die Publikation als geschlossene Materialsammlung schwerlich entbehren können. Eine sorgfältig durchgesehene und zugleich im Sinne der vorstehenden Auslassungen gekürzte Auflage wäre zu empfehlen, um dem Werk den Weg zu einer recht beachtlichen Streuung zu ebnen.

Arthur Dissinger - Ravensburg

Facius, Friedrich: *Wirtschaft und Staat*. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945. (Schriften des Bundesarchivs. Nr. 6.) Boppard am Rhein 1959. Harald Boldt Verlag. XII, 271 S.

Die hier anzuzeigende Arbeit ist schon auf Grund ihrer Themstellung warm zu begrüßen. Denn in der Tat fehlt es an einer historischen Darstellung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung, so sehr auch sonst namentlich seit G. Schmoller die Geschichte der Behördenorganisationen in das Programm der Historiker Eingang gefunden hat. Der Verf. ging ursprünglich von dem Wunsche aus, die deutsche Kriegswirtschaftsverwaltung im zweiten Weltkrieg darzustellen. Aber

das Thema verführte, ja zwang dazu, die vorhergehende Zeit mit einzubegreifen. Und so ist denn dieses Buch entstanden, das bis in das 17. Jahrhundert zurückgreift, wenn auch das Schwergewicht auf die Zeit nach der Reichsgründung gelegt wird.

Das Buch zeichnet sich durch eine klare und sachliche Darstellung aus, nicht etwa nur des Behördenwesens, der Kompetenzverteilung usw., sondern auch der treibenden Kräfte und Motive. Besonders hervorgehoben sei unter diesem Aspekt die Darstellung der langsamen Entstehung einer Reichswirtschaftsverwaltung (S. 62 ff.), die manche Etappen durchlaufen mußte, ehe es zur Schaffung eines Reichswirtschaftsministeriums kam. Es ist ja bekannt, daß auch heute noch in der Bundesrepublik mehrere wirtschaftliche Ressorts nebeneinanderstehen, das Ziel einer völligen Zusammenfassung, ja Koordinierung also noch immer nicht erreicht ist. Verdienstvoll sind auch die Kurzbiographien der Handelsminister der deutschen Staaten und der Reichswirtschaftsminister und Staatssekretäre (S. 213 ff.). Ein verdienstvolles Buch! Friedrich Lütge - München

Trende, Adolf: *Geschichte der deutschen Sparkassen bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts*. Stuttgart 1957. Deutscher Sparkassenverlag G.m.b.H. 610 S.

Über Sparkassen ist im Laufe des 19. Jahrhunderts im einzelnen verhältnismäßig viel geschrieben worden. Die letzte große Gesamtdarstellung ist die von Schmid und Brämer aus dem Jahre 1864. Eine Geistesgeschichte der deutschen Sparkassen hat A. Sommer geschrieben (1935). Das vorliegende Werk ist im Auftrage des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes abgefaßt worden. Es stellt eine mit viel Mühe erarbeitete und sorgfältig aufgebaute Geschichte des Sparkassenwesens von den Anfängen im 17. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts dar. Seine Stärke liegt in der mit philologischer Akribie erfolgten Zusammentragung des geschichtlichen Materials, weniger in der Verfolgung der sparkassenpolitischen Entwicklung bis hin zur Einmündung in das moderne Bankwesen. Für den Volkswirt von besonderem Interesse sind die Abschnitte, die sich ab S. 324 mit dem Werden der Verbandsorganisation und der Entwicklung seit den 80er Jahren bis hin zu den Jahren 1908/09 befassen, in denen sich die Wandlung der Sparkassen zu neuzeitlichen Kreditinstituten vollzog. Das Werk sei allen, die sich über die Geschichte des Sparkassenwesens seit den ersten Sparkassen Gründungen orientieren wollen, bestens empfohlen. Friedrich Bülow - Berlin

Hartung, Fritz: *Zur Entwicklung der Verfassungsgeschichtsschreibung in Deutschland*. (Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Klasse für Philosophie, Ge-

schichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, Jahrgang 1956, Nr. 3.) Berlin 1957. Akademie-Verlag. 46 S.

Die kleine Schrift des bekannten Historikers gibt einen vortrefflichen Überblick über die Entwicklung der Verfassungsgeschichtsschreibung in Deutschland von ihrem eigentlichen Begründer K. F. Eichhorn (1781—1854) bis zu Otto Hintze (1861—1940), dessen große Leistungen mit Recht besonders eingehend dargestellt und hervorgehoben worden sind.

G e o r g J a h n - Berlin

Festschrift für Karl Gottfried Hugelmann zum 80. Geburtstag am 26. September 1959, dargebracht von Freunden, Kollegen und Schülern. Herausgegeben in 2 Bänden von Wilhelm Wegener. Aalen 1959. Scientia Verlag. gr. 8. XIV, 879 S.

Diese stattliche Festschrift ehrt einen Mann anlässlich seines 80. Geburtstages, der nicht nur als Rechtsgelehrter (speziell auch Rechtshistoriker), sondern auch als Mann des politischen öffentlichen Lebens (von 1919 bis 1934) weit über Österreichs Grenzen hinaus bekannt geworden ist und sich Verehrung und Zuneigung in einem Maße erwerben konnte, wie das nur wenigen beschieden ist.

In dem außerordentlich reichen und bunten Inhalt dieser Festschrift drückt sich gleichsam die Weite seines Lebenswerkes und seiner Interessen aus. Natürlich ist es unmöglich, auf alle die einzelnen Beiträge näher einzugehen. Es kann nur der Versuch gemacht werden, die Fülle dieser beiden Bände zu verdeutlichen, indem die Beiträge nach ihrem Inhalt gruppiert werden, wobei diejenigen, die dem Rezensenten besonders gewichtig erscheinen, hervorgehoben werden sollen. Da finden sich zunächst Abhandlungen zu Themen der politischen Geschichte, etwa aus der Feder von L. Hauptmann (Universalismus und Nationalismus im Kaisertum der Ottonen), von H. Heimpel (Regensburger Berichte vom Konstanzer Konzil), von E. und O. Schönbauer (Die Imperiumspolitik Kaiser Friedrichs II., wobei allerdings auch stark auf die rechtsgeschichtlichen Probleme eingegangen wird). Daneben steht eine größere Gruppen von Arbeiten, die sich mit Volkstum und Nationalität befassen, wie etwa M. H. Boehm (Das eigenständige Volk in der Krise unserer Zeit), R. Lorenz (Das Selbstbestimmungsrecht im österreichischen Kriegsparlament 1917/18), W. Thieme (Rechtsfragen der nationalen Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland), ergänzt durch einen besonders aktuellen und auch umfangreichen Aufsatz von Th. Veiter über: Die Südtiroler Autonomie im Lichte des Völkerrechts der Gegenwart. Auch der Beitrag von W. Weber: Mittelbare und unmittelbare Demokratie; hier wird das politische Leben mit dem geschriebenen Verfassungsrecht in der Weimarer Verfassung und im Bonner Grundgesetz einander gegenübergestellt, verbunden mit dem Versuch, daraus unmittelbare

Lehren für die Fortentwicklung unseres politischen Lebens zu gewinnen.

Schließlich seien noch einige Beiträge herausgegriffen, die sich mit rechtsgeschichtlichen Problemen befassen und dabei mehr oder weniger betont auch sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Fragen berühren. Dazu gehört namentlich die Arbeit von Karl S. Bader über: Dorf und Dorfgemeinde im Zeitalter von Naturrecht und Aufklärung; sie stellt gewissermaßen einen Vorgriff auf den angekündigten zweiten Band seiner „Studien zur Rechtsgeschichte des mittelalterlichen Dorfes“ dar. Der Verf. geht dabei von der zeitgenössischen (speziell juristischen) Literatur aus und zeigt, wie wenig das Naturrecht dieser Zeit und noch weniger das Vernunftrecht französischer Prägung einen inneren Zugang zu solchen Korporationen, wie sie auch die Dorfgemeinde darstellte, gehabt hat. Ebenso wird auf die Haltung gegenüber dem Bauerntum eingegangen, die noch das ganze 17. Jahrhundert über im Kern durch Nichtachtung gekennzeichnet ist, um erst im 18. Jahrhundert einer positiveren Haltung zu weichen, die in dem Bauern teils den Produzenten schätzte, teils ihn aber auch schon zu romantisieren begann. Auch der Arbeit von H. Schmidt über „Die politische Vorstellungswelt deutscher Städte im 17. Jahrhundert“ verdient hervorgehoben zu werden. Er befaßt sich mit einer Gruppe von Städten, die im 17. Jahrhundert die Reichsunmittelbarkeit zu erringen oder auch zu behaupten versuchen. Die meisten, wie etwa Magdeburg, Münster, Osnabrück, Essen, Herford, Braunschweig und Erfurt, scheitern und erliegen dem Machtstreben des absolutistischen Territorialstaates; nur Hamburg und Bremen kommen zum Ziel. Interessant ist die Argumentation der Städte, wobei nicht zu sehr ihre Berufung auf alte Rechte von Bedeutung ist, sondern daß sie sich als adlig hinstellen (und auch empfinden) und die dem Heutigen so paradox anmutende Überzeugung vertreten, daß in ihrer Blüte das Reich selbst blühe, eine Auffassung, die sich nur von dem ständischen Denken, nicht dem Staatsdenken aus verstehen läßt. Hervorgehoben seien schließlich die Beiträge von N. Grass über „Die Almwirtschaft in Geschichte, Volkstum und Recht“, der neues zu diesem von ihm besonders gepflegten Bereich zu berichten weiß, sowie die Abhandlung von K. Kroeschell „Zur Entstehung der sächsischen Gogerichte“, der zu dem vielleicht überraschenden und vielleicht weitere Diskussionen auslösenden Ergebnis kommt, daß die sächsischen Gogerichte ebenso wie die fränkischen Zentgerichte erst im Hochmittelalter entstanden seien.

Friedrich Lütge - München

Eugster, Carl: *Thorstein Bunde Veblen 1857—1929*. Darstellung und Deutung amerikanischen institutionellen Denkens aus seinem Werk heraus. (Wirtschaft, Gesellschaft, Staat, Zürcher Studien zur allgemeinen Geschichte, 8. Band.) Europa-Verlag Zürich. 196 S.

Der Name Veblens ist in den USA zu einem Begriff geworden; denn Veblen ist der Begründer einer Richtung des sozialökonomischen Den-

kens, die man als Institutionalismus bezeichnet. Sie ist gekennzeichnet durch ihre Ablehnung der reinen Wirtschaftstheorie und damit der abstrahierend-isolierenden Methode und andererseits der starken Betonung der Notwendigkeit statistisch-empirischer Untersuchungen und einer besonderen Vorliebe für die historische Schule. Über seine Bedeutung als Nationalökonom und Soziologe hinaus ist Veblen schon am Ende des 19. Jahrhunderts als Vertreter der damals heraufkommenden Sozialkritik (deren sprechendes Symbol literarisch heute die geschlagene Generation, „the beat generation“ ist) und der Kulturdiagnose hervorgetreten. Sein Buch „The theory of the leisure class“ ist in erster Auflage 1899 erschienen, ist aber erst in den späteren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in den Brennpunkt des kultursoziologischen Interesses getreten. Vor kurzem ist es mit dem eigentlich nicht recht passenden Titel „Theorie der feinen Leute“ ins Deutsche übersetzt worden. Die vorliegende Arbeit, die ein unveränderter Abdruck einer an der Universität Zürich vorgelegten Dissertation ist, hat mit viel Liebe und Sorgfalt das zusammengetragen, was man über die Entwicklung und die Systematik des Veblenschen Denkens wissen muß. Mit Recht wendet sich der Verf. dagegen, daß man Veblen als den Karl Marx Amerikas angesprochen hat. Es darf nicht verkannt werden, daß die Veblenschen Gedankengänge durchaus eigenes Gepräge besitzen und in sehr interessanter Weise amerikanisches und europäisches, insbesondere auch deutsches Denken miteinander verbinden.

Friedrich Bülow - Berlin

Bockelmann, Horst: *Zur Kritik der klassischen Tradition in der Außenhandelstheorie*. (Veröffentlichungen des Bank- und Börsenseminars der Universität Köln, Band III.) Frankfurt am Main 1958. Fritz Knapp Verlag. 110 S.

Die von Prof. Rittershausen mit einem Geleitwort versehene, als Dissertation in Köln eingereichte Arbeit von B. stellt eine wertvolle Bereicherung des außenhandelstheoretischen Schrifttums dar. Wenn der Verfasser schreibt, der Arbeit fehle jedes dogmengeschichtliche Interesse, so muß dem insofern widersprochen werden, als zwar keine eigentlich dogmengeschichtliche Darstellung geboten wird, wohl aber eine höchst beachtliche ideengeschichtliche Zusammenschau der Entwicklung der Außenhandelstheorie. Ausgehend von Ricardo, wird dessen Theorie der komparativen Kosten als Ausdruck seiner Arbeitswerttheorie und damit als Theorie der komparativen Arbeitsmengen gekennzeichnet und ihre Weiterentwicklung bei Viner und vor allem bei Taussig geschildert. Es folgt die Realkostentheorie des Wertes im Anschluß an Viner, der aber den Begriff der Realkosten undefiniert gelassen habe. Nach dem Buch Kitamuras wird Haberlers Substitutions- und opportunity costs-Theorie ausführlich berücksichtigt und an Hand der Vinerschen Einwände kritisiert. „Von Haberlers Neuformulierung der Theorie der komparativen Kosten bleibt nur die Definition der Kosten, von denen die Theorie spricht, als ‚Grenzkosten in Geld‘.“ So kommt B. zu dem Ergebnis, daß es im Laufe

einer langen Zeit nicht geglückt sei, dem Begriff der komparativen Kostenvorteile einen einheitlichen Inhalt beizulegen, weder als Arbeitskosten, noch als Realkosten, noch als opportunity costs. Geblieben ist als Grundgedanke lediglich derjenige unterschiedlicher Erzeugungsbedingungen.

Nach der Theorie der komparativen Kosten wird im Anschluß an J. St. Mill diejenige der internationalen Werte abgehandelt und über Marshall bis in die Gegenwart verfolgt. Pareto und Manolesco bleiben unberücksichtigt. Wenn auch im Zuge dieser Ausführungen die Bedeutung von Frank D. Graham richtig erkannt wird und seine Thesen ausführlich diskutiert werden, so wäre es doch wünschenswert gewesen, die Entwicklung seiner Anschauungen in den verschiedenen von ihm veröffentlichten Schriften zu analysieren und so den prominenten Kritiker der Theorie „der internationalen Werte“, wie ihn B. selbst nennt, voll zur Geltung zu bringen, wie dies bereits T. M. Within 1953 angestrebt hat. Haberler tadelt an Graham die Nicht-einbeziehung der Gestaltung der Nachfrage für das internationale Austauschverhältnis. Die den dynamischen Gesichtspunkt behandelnde Theorie des Außenhandelsmultiplikators wird nicht berührt, getreu der Einhaltung des gestellten Themas, das lediglich die Kritik der klassischen Tradition in der Außenhandelstheorie behandeln wollte. Die B.sche Schrift sei allen empfohlen, die den Weg, den die Außenhandelstheorie von Ricardo bis Graham zurückgelegt hat, in kritischer Beleuchtung verfolgen wollen. Friedrich Bülow-Berlin

Eversley, D. E. C.: *Social Theories and the Malthusian Debate*. Oxford 1959. At the Clarendon Press. 313 p.

Mit seiner dogmenkritischen Untersuchung über den Geltungswert der Fruchtbarkeitstheorie bemüht sich der an der Universität von Birmingham lehrende Soziologe um eine systematische Stellungnahme zu den Möglichkeiten einer wechselseitigen Beeinflussung von Anschauungs- und Verhaltenswandel im völkischen Wachstumsprozeß. In der zeitgenössischen Auseinandersetzung mit der weltanschaulichen und sozialpolitischen Problematik der Bevölkerungsfrage, in der das pro- und contra-Malthusianische Schrifttum einen breiten Raum einnimmt, hebt sich die vorliegende Studie dadurch ab, daß sie die Vertreter der älteren und neueren Lehrmeinungen nicht mit dem Gewicht ihres Namens und in der ganzheitlichen Argumentation ihrer Theorien zu Worte kommen läßt, sondern daß hier das gesamte Ideengut aller Bevölkerungslehren, unabhängig von Epoche und Autor in schematischer Zuordnung zu bestimmten Kategorien dargeboten wird. Es kommt dem Verf. dabei vor allem darauf an, nachzuweisen, daß der in der Verhaltensweise der modernen Kulturvölker erkennbare Anschauungswandel in seiner ideologischen Begründung von der jüngsten Vergangenheit der Malthusschen Ideenwelt bis ins klassische Altertum zurückreicht, vor allem aber auch durch die soziologisch-wirtschaftlich bedingten Wandlungen des kulturellen Lebensstiles in Fluß gekommen ist.

In der an den Anfang der Untersuchung gestellten Behandlung der vorindustriellen Bevölkerungstheorie wird die Frage aufgeworfen, inwieweit die unterschiedliche Fruchtbarkeit der Völker von den Vertretern der altklassischen und der neueren Bevölkerungslehre zu begründen versucht wird. Während die aus naturphilosophischer Sicht abgeleiteten Erklärungsversuche der antiken Theorie in den neueren Lehrmeinungen nicht fortgewirkt haben, sind die in der späteren, vorindustriellen Theorie vertretenen Auffassungen über die Wirksamkeit gewisser wachstumsbestimmender Faktoren, wie der Einfluß des Luxus, auch im modernen Schrifttum anzutreffen. In den folgenden Abschnitten nimmt der Verf. zum Verhaltensgrundsatz der „moralischen Enthaltksamkeit“ Stellung, dessen Wirksamkeit er zunächst auf der hypothetischen Grundlage einer stationären Gesellschaftsordnung (in Würdigung der von Jones, Alison, Rickards und Bagehot vertretenen Bewertung des Lebensstandards als Bestimmungsfaktor) und sodann im Zusammenhang mit den tatsächlich eingetretenen Gestaltwandlungen von Wirtschaft und Gesellschaft betrachtet. Hier kommt es dem Verfasser darauf an, zu zeigen, wie mit der Einbeziehung des wirtschaftlichen Fortschritts und des sozialen Aufstiegs in den Lebensplan der Bevölkerung ein dynamischer Überlegungsfaktor in die Fortpflanzungsidee eingeschaltet worden ist. In einem weiteren (fünften) Kapitel beschäftigt sich die Abhandlung mit den neben den direkten Einflüssen der Einkommenschichtung mitwirkenden indirekten Faktoren, unter denen die Erweiterung des Besitzstandes und die von der politischen Entwicklung begünstigte fortschreitende Nivellierung der Einkommensgestaltung in Verbindung mit Wandlungen im Erziehungs- und Ausbildungswesen sowie mit der sozialen Höherstellung der Frau eine besondere Rolle spielen. Nach einer Auseinandersetzung mit gewissen Varianten der neueren Bevölkerungstheorie, die sich um die Nahrungsbasis, den Intellektualismus und die Religionsethik gruppieren, befassen sich die beiden folgenden Kapitel (7 und 8) mit zwei für die soziologische Dogmengeschichte typischen Umbruchserscheinungen, von denen die von Spencer eingeleitete sozialbiologische Richtung von der Auffassung beherrscht wird, daß die menschliche Gesellschaft kraft eines ehernen Gesetzes zum natürlichen Gleichgewichtszustand tendiere; in dieser Version findet die allen folgenden Gleichgewichtstheorien immanente Begründung des tendenziellen Falls der Fruchtbarkeitsrate, die im übrigen noch durch Methoden der statistischen Beweisführung gestützt wird, ihre Ausprägung. Die zweite Ära des dogmatischen Umbruchs findet in dem am Ausgang des 19. Jahrhunderts deutlich erkennbaren Bestreben, die verschiedenen Versuche zur Erklärung der völkischen Fortpflanzungstendenz zur Synthese einer komplexen Wachstumstheorie zu vereinigen, ihren Niederschlag. Die allmählich immer weiter vordringende Lehre von der fortschrittsbedingten Tendenz zur sinkenden Fruchtbarkeitsrate mündet schließlich in den Ideengehalt der großen historischen Entwicklungstheorie

ein, wie sie in der pessimistischen Vorausschau Oswald Spenglers ihre stärkste Ausprägung gefunden hat.

In der abschließenden Würdigung der behandelten Fruchtbarkeitstheorien (Kapitel 9) unternimmt es der Verf., die Quintessenz der vertretenen Lehrmeinungen, getrennt nach den beiden Kategorien der auf stationärer und der auf wandelbarer Gesellschaftsordnung aufbauenden Argumentation, herauszuschälen; er kommt hierbei zu dem Ergebnis, daß die Ansätze zu den meisten modernen Bevölkerungstheorien bereits in den Doktrinen von Malthus zu finden sind, wenn ihm auch freilich die Voraussicht des gerade durch ihn selbst mitbestimmten Anschauungs- und Verhaltenswandels versagt bleiben mußte. Bei Prüfung der soziologischen Determinante der neueren Fruchtbarkeitstheorie im Rahmen der allgemeinen Bevölkerungslehre geht der Verf. von zwei verschiedenen Standorten der gegenwärtigen Lehrmeinungen aus, und zwar einmal der auf dem Boden der neoklassischen Wirtschaftstheorie, von Alfred Marshall vertretenen Forschungsrichtung und zum zweiten von der neu-marxistischen Einstellung zur Bevölkerungsfrage, die in Sydney Coontz ihren Wortführer gefunden hat. Damit gibt der Verfasser in seiner abschließenden Dogmenkritik der Lebensstandardtheorie als der schlüssigsten Begründung für den völkischen Fortpflanzungswillen den Vorrang vor allen anderen im gegenwärtigen Schrifttum verbreiteten Bevölkerungstheorien.

Wenn man auch der vom Verf. vielleicht etwas einseitig begründeten Einstellung zur Fruchtbarkeitstheorie nicht vorbehaltlos zustimmen kann und ihm auch in der klassifizierenden Behandlung der dogmengeschichtlichen Strömungen wie auch in der Generalisierung gewisser Theoreme und Werturteile nicht in allen Punkten folgen wird, so kann man sich doch andererseits nicht dem Eindruck verschließen, daß er in der Art der Problembehandlung dem Leser die Beschäftigung mit dem Bevölkerungsproblem näher gebracht hat, als es die rein dogmengeschichtlichen Abhandlungen darüber vermögen. Es ist ihm dies gelungen, weil er von Anbeginn den offensichtlichen Zusammenhang zwischen Idee und Wirklichkeit ins Auge gefaßt hat, der in der Ausrichtung der Verhaltensweise an der überkommenen Theorie ebenso wie in der empirisch-induktiven Rechtfertigung der Theorie aus der dynamischen Wirklichkeit des Bevölkerungswachstums seinen Ausdruck findet.

Charlotte Lorenz-Göttingen

Mahr, Alexander: *Volkswirtschaftslehre*. Zweite, wesentlich erweiterte Auflage. Wien 1959. Springer-Verlag. XVI, 491 S.

Die vorliegende Neubearbeitung der 1948 erschienenen ersten Auflage der *Volkswirtschaftslehre* von Alexander Mahr bedeutet in einer ganzen Reihe von Abschnitten eine wesentliche Bereicherung des gebotenen Stoffes. Neu ist der siebente Abschnitt, „Das Volkseinkommen und seine Veränderungen im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß“. Wirtschaftstheoretisch ist in verschiedenen Kapiteln eine Vertiefung

angestrebt worden, z. B. in den Ausführungen über Grenznutzenniveau und Indifferenzkurven, Gegenwart und Zukunft in der Wirtschaft, die relative Bedeutung von Marktform und Verhaltensweise für die Preisbildung, die Wege der Geldschöpfung, Strukturänderungen und die Auswirkung der gegenseitigen Liberalisierung des Außenhandels. Auf diese Weise sind in einigen Kapiteln des Buches sowohl inhaltlich wie stilistisch Abschnitte enthalten, die als bewundernswert klar und eindringlich bezeichnet werden müssen. Der Verfasser, ordentlicher Professor für Politische Ökonomie an der Universität Wien, befindet sich ja in der angenehmen Lage, daß er sich auf eine ganze Reihe von seinen in Zeitschriften veröffentlichten Aufsätzen stützen kann (z. B. Untersuchungen zur Zinstheorie, 1929; Das Gesetz vom Grenznutzenniveau im Lichte der Kritik, 1949; Zur Systematik der Marktformen, 1952; Die Tendenz zum Ausgleich der Zahlungsbilanz, 1957; Konjunktur und Außenhandel, 1957). Alles in allem sei festgestellt, daß ein im Geiste der Wiener Schule geschriebenes, für Studierende und Praktiker wertvolles Lehrbuch zustande gekommen ist.

Friedrich Bülow - Berlin

Baumol, William J.: *Economic Dynamics*. With a Contribution by Ralph Turvey. 2nd edition. New York 1959. The MacMillan Company. 396 p.

Die Weitung der Perspektive in den verschiedenen Bereichen der ökonomischen Theorie hat aus ganz unterschiedlichen Gründen zu dem der ganzen Nationalökonomie gemeinsamen Programm des Übergangs vom statischen zum dynamischen Denkansatz geführt. Die weit zurückreichenden Ansätze waren längst noch nicht für eine Konsolidierung reif — nicht einmal von der methodologischen Grundlegung her, hatte man sich doch weitgehend mit der Begriffsbestimmung der ökonomischen Dynamik begnügt, die auf Berücksichtigung des Zeitfaktors durch Datierung der Variablen abstellte —, als das Bedürfnis nach einem Lehrbuch immer dringlicher wurde, in dem das analytische Instrumentarium des dynamischen Modelldenkens didaktisch sachgerecht dargelegt wurde. Baumols „*Economic Dynamics*“, erstmalig 1951 veröffentlicht, kam diesem Bedürfnis nach, obgleich das Buch die in den anspruchsvollen Titel gesetzten Erwartungen nicht in allen Punkten befriedigen konnte. Wenn die Erstauflage keinen systematisch bis in alle Einzelheiten zufriedenstellenden Aufbau bieten konnte, so lag das nicht an einem Mangel in der Darstellungsweise, sondern weit mehr und in erster Linie an dem vorläufig noch „experimentellen“ Stadium einer dynamischen Wirtschaftstheorie.

Die Situation ist heute beim Erscheinen der zweiten Auflage nicht viel anders, und es darf deshalb nicht verwundern, wenn die eigentlichen Stärken des Buches weiterhin in den instrumentalen Partien bestehen, die auch fast ausschließlich von den Zusätzen der Neuauflage profitiert haben, so daß das mathematische Instrumentarium der dyna-

mischen Modellanalyse heute mehr als die Hälfte des Gesamtumfangs einnimmt. Das ist nun sicher kein Schaden; denn was Baumol in den letzten acht Kapiteln bietet, ist weit mehr als eine bloße Einführung in die mathematischen Verfahren, die den formalen Ableitungszusammenhang der dynamischen Wirtschaftsmodelle bilden, vielmehr wird diese Aufgabe selbst didaktisch meisterhaft gelöst, darüber hinaus aber noch verbunden mit einer eingehenden Behandlung der einzelnen Modelltypen und ihrer ökonomischen Bedeutung. Die Erweiterungen der zweiten Auflage in diesem Teil des Buches beziehen sich auf Lösungsmethoden von Gleichungssystemen höherer Ordnung, nichtlinearen Differenzgleichungen und Systemen von simultanen Differenz- und Differentialgleichungen. Wenn gerade die komplizierteren Methoden (Laplace-Transformationen, Nyquistkriterium u. a.), die unter dem Einfluß der elektromechanischen Analogien (Tustin, Philipps, Strotz u. a.) Einfluß auf die dynamischen Wirtschaftsmodelle gewonnen haben, mit einem Hinweis auf Allens „*Mathematical Economics*“ unberücksichtigt bleiben, so drängt sich einem überhaupt die Frage auf, ob das Ziel einer erweiterten Neuauflage — gerade im Hinblick auf Allens Buch — ausschließlich in der Erweiterung der mathematischen Apparatur bestehen durfte. Diese Zusätze waren gewiß nötig für ein Lehrbuch, das den Abstand zwischen Forschung und Lehre nicht zu groß werden lassen wollte; daß ihre Darstellung vom Standpunkt der Verbindung von Mathematik und ökonomischem Modelldenken meisterhaft ist, bedarf für alle diejenigen keiner Erwähnung, die die Grundlagen aus der Erstauflage kennen. Was man in einer Neuauflage aber darüber hinaus noch gern gesehen hätte, ist eine bessere Systematik in den ersten Kapiteln, besonders in der Grundlegung und den dogmengeschichtlichen Partien. Auch hier sind mit Marx und Schumpeter wesentliche Stadien abgesteckt, die Übergänge zum zeitgenössischen Denkansatz in der dynamischen Wirtschaftstheorie lassen sich jedoch folgerichtiger aus der Dogmen- und Methodenkritik entwickeln. Der innere Zusammenhang der ersten Kapitel geht durch die Eigenständigkeit der einzelnen Abschnitte stellenweise verloren. Auch im ökonomischen Teil befinden sich Kapitel, die, für sich genommen, kaum übersichtlicher und sachgerechter vorgestellt werden können — etwa Turveys Abriß der Periodenanalyse der Schwedischen Schule oder Baumols vom Cobweb-Theorem ausgehende, begrifflich scharf abgrenzende Einführung in die methodologischen Grundprobleme von Statik, Dynamik und komparativ-statischer Analyse —, in einem gewissen Sinne erfüllen diese einleitenden Kapitel auch ihre Aufgabe, den Leser zu den mathematisch komplizierteren Ableitungszusammenhängen des letzten Teils hinzu-führen, der innere Zusammenhang wird jedoch nicht immer sichtbar. Daneben könnte die Erweiterung des ökonomischen Teils um einige neuere Entwicklungen der dynamischen Modellbildung die Verbindung zum mathematischen Teil verstärken, wodurch sich die Lehrbuchsystematik didaktisch verbessern ließe.

Diese Bemerkungen sind nicht als kritische Einwände gegen den Aufbau eines Buches zu verstehen, das auch in der vorliegenden Form für lange Zeit richtungweisend sein wird, sondern wollen nur den Wunsch ausdrücken, daß bei einer — möglicherweise in nicht allzu langer Zeit — erforderlichen Erweiterung die bewundernswerte Sorgfalt und Geschlossenheit im instrumentalen Teil auch auf die einleitenden Kapitel ausgedehnt werden mögen.

Gerhard Kade - Berlin

Arrow, K. J., Karlin, S., Scarf, H.: *Studies in the Mathematical Theory of Inventory and Production*. (Stanford Mathematical Studies in the Social Sciences, I.) Stanford 1958. Stanford University Press. 340 p.

Für die meisten Lösungsversuche der neueren dynamischen Produktionstheorie liegen in der älteren volks- und betriebswirtschaftlichen Literatur Ansätze vor. Wenn es niemals gelang, diesen Problemen ihren entsprechenden Platz im System anzuweisen oder ihnen auch nur eine angemessene theoretische Behandlung angedeihen zu lassen, so lag das an dem spezifischen Typ des neoklassischen Entscheidungsmodells der Produktionsunternehmung. Dabei war es nicht in erster Linie der statische Charakter der herkömmlichen Produktionstheorie, der das Problem der Lagerhaltung der Analyse entzogen hätte, sondern vielmehr die Axiomatik des neoklassischen Gleichgewichtsdenkens, die Erwartungswerte als Richtgrößen ökonomischer Entscheidung ausschloß (vollkommene Information) und damit ipso facto den Ansatzpunkt für eine Erklärung der Motivationen von Lagerhaltungen verlor. Obgleich nun wesentliche Ansätze und Lösungsversuche in der Literatur zur Verfügung standen, war eine Synthese erforderlich, und zwar nicht schon im Sinne einer abschließenden systematischen Behandlung des Problemkreises, sondern eines einheitlichen entscheidungslogisch fundierten Ansatzes für ein Erklärungsmodell.

Der vorliegende Sammelband enthält siebzehn Einzelstudien, die dem genannten Fragenkomplex von der logisch-mathematischen Struktur her nahezukommen suchen. Dabei sind die beiden einleitenden Kapitel („Historical Background“ und „The Nature and Structure of Inventory Problems“) der gedankliche Rahmen, in den die übrigen Arbeiten trotz ihrer je eigenen und in sich geschlossenen Problematik vorzüglich eingegliedert sind, wird doch der von den einzelnen Autoren angestrebte Integrationsversuch hier bereits in großen Zügen angedeutet und gelingt doch schon hier ein globaler Entwurf des Problembereichs, dessen Wert vor allem darin besteht, die Nahtstellen der volks- und betriebswirtschaftlichen Denksysteme aufzuzeigen, denen die hier behandelten Fragen einzufügen sind. Der innere Zusammenhang der dreizehn Einzelstudien wird im dritten Kapitel aufgezeigt.

Die Arbeiten selbst sind nun in drei Teile zusammengefaßt: „Optimal Policies in Deterministic Inventory Processes“ (ch. 4—7), „Optimal Policies in Stochastic Inventory Processes“ (ch. 8—13) und

„Operating Characteristics of Inventory Policies“ (ch. 14—17). Im ersten Teil handelt es sich um dynamische Produktionsprobleme, unter der Annahme bekannter dynamischer Nachfragefunktionen, die im Gegensatz zu früheren Lösungsversuchen als stetig aufgefaßt werden, wodurch die Methode wesentlich vereinfacht wird, ohne damit den Kern des Problems zu modifizieren. Im einzelnen treten dabei Fragen, wie die der Produktionsplanung bei steigenden Grenzkosten, Kostenminimierung bei spezifisch dynamischen Produktionsverläufen, Produktionsplanung bei unmöglicher Lagerhaltung und Kapazitätsausweitung auf. Im zweiten Teil werden die Entscheidungsprozesse bei Unsicherheit theoretisch und an Hand praktischer Probleme untersucht. Die Erweiterung des mathematischen Instrumentariums erscheint auf diesem Gebiet besonders bedeutungsvoll und beweist allen Anfeindungen der mathematischen Methode zum Trotz, daß die Verfeinerung mathematischer Hilfsmittel einen höheren Grad der Wirklichkeitsnähe und praktischen Anwendbarkeit mit sich bringt. Der letzte Teil entwickelt in vier Einzeluntersuchungen neue Lösungsmethoden für besonders schwierige Probleme der dynamischen Produktionstheorie. Waren die bisherigen Bemühungen darauf konzentriert, die Kriterien und hinreichenden Bedingungen für optimale Prozesse anzugeben, so stellt man in den letzten Arbeiten des Sammelbandes Probleme zur Debatte, wie etwa die Ermittlung einer Produktionsentscheidung (aus einer spezifischen Klasse von Entscheidungsmöglichkeiten, die gewöhnlich von einem oder zwei Parametern abhängen), für die die langfristigen Durchschnittskosten ein Minimum ergeben. Ferner steht im Mittelpunkt der letzten Kapitel die Entwicklung analytischer Instrumente für Problemlösungen, die nicht mit der Annahme bekannter Kostenstrukturen und Zielfunktionen durchführbar sind, ohne daß die zugrunde liegende Situation übersehen wird. Der Sammelband schließt mit einer mathematischen Analyse der für Lagerhaltungsprobleme relevanten Zufallsprozesse und einer umfassenden Bibliographie.

Im ganzen handelt es sich um ein glänzendes und überzeugendes Teamwork über ein fundamentales Problem der gesamten Produktionstheorie. Wenn die Ansprüche an die mathematischen Vorkenntnisse auch an Stellen das überschreiten, was selbst der überdurchschnittliche mathematische Nationalökonom zu seinen verfügbaren Werkzeugen zählt, so darf das nicht hindern, sich mit den Arbeiten des Bandes intensiv auseinanderzusetzen; denn es handelt sich hier um Wegbereiter, die die Richtung für den künftigen Typ von Denkansätzen und Lösungsversuchen auf dem Gebiete der Produktionstheorie angeben.

G e r h a r d K a d e - B e r l i n

A r r o w , K. J., H u r w i c z , L., U z a w a , H.: *Studies in Linear and Non-linear Programming*. (Stanford Mathematical Studies in the Social Sciences, II.) Stanford 1958. Stanford University Press. 229 p.

Hatte sich die Anwendung des Linear Programming in den Wirtschaftswissenschaften schon bei der Einführung als ein fruchtbares

Denkwerkzeug erwiesen, mit dessen Hilfe es gelang, vor allem Probleme der Produktionsentscheidung im weitesten Sinne einer Lösung näherzuführen, so zeigte sich alsbald — eine Erscheinung, die in den neueren Entwicklungsstadien der theoretischen Nationalökonomie durchaus Parallelen aufweist —, daß die Erweiterung des Anwendungsbereichs eine Verfeinerung der mathematischen Instrumente verlangte. Diese Notwendigkeit wurde erkannt, und es setzte (besonders auf dem Gebiet der Spieltheorie und des Linear Programming) schon frühzeitig eine Entwicklung ein, die sich ihres esoterischen Charakters wegen der Kritik aussetzte: die Verbesserung des mathematischen Instrumentariums führte scheinbar ein Eigenleben, losgelöst von den mit ihm theoretisch zu bewältigenden Problemkreisen. Daß eine solche Kritik unzutreffend ist, wird sofort offenkundig, wenn man bedenkt, daß die Weiterentwicklung der Denkwerkzeuge die Folge eines Versagens bisher bekannter Methoden und damit gleichzeitig notwendige Bedingung für die Ausdehnung des Erklärungszusammenhangs der betreffenden Wissenschaft ist.

Der vorliegende Sammelband, der dem ersten Band der Stanford Mathematical Studies in keiner Weise nachsteht, ist ein deutliches Beispiel für diese Entwicklung, sieht man doch einem großen Teil der einzelnen Arbeiten seinen Ursprung aus praktischen Problemen an. Trotzdem liegt ihr Schwergewicht auf der Darstellung mathematischer Ableitungszusammenhänge. Die 14 Beiträge des Buches sind in drei Teile untergliedert, deren erster („Existence Theorems“ mit Beiträgen von L. Hurwicz und H. Uzawa) einige Spezialfragen der mathematischen Struktur linearen und nichtlinearen Programmierens untersucht und eine allgemeine Theorie des Programmierens in linearen topologischen Räumen entwickelt. Die bedeutendsten Ergebnisse im einzelnen sind die Generalisierung des Kuhn-Tucker Theorems für Programmierungsprobleme, die eine Produktionsstruktur mit abnehmender Grenzrate der Transformation unterstellen, und des Minkowski-Farkas Lemmas. Im zweiten Teil befassen sich sechs Einzelstudien mit der Anwendung der Gradientenmethode auf Programmierungsprobleme (L. Hurwicz, K. J. Arrow, H. Uzawa, Th. Marschak und R. M. Solow), besonders für solche Fälle, in denen Zielfunktionen und Nebenbedingungen durch konkave Funktionen dargestellt werden. Sieht man nämlich von den Spezialfällen linearer oder quadratischer Funktionen ab, so bedarf es offensichtlich irgendeiner Approximationsmethode, um ein Extremwertproblem unter Nebenbedingungen (Kernproblem des Linear Programming) zu lösen. Neben einer ausgedehnten Behandlung der Anwendungsmöglichkeiten der Gradientenmethode findet sich ein im Sinne der praktischen Verwendung besonders bedeutender Hinweis auf die notwendige Umformulierung des Systems von Differentialgleichungen in Differenzgleichungen (Kapitel 9) und auf die Probleme, die sich für die Benutzung elektronischer Rechenmaschinen ergeben. Im letzten Teil (außer den bisher genannten Autoren S. Karlin, S. M. Johnson und H. B. Chenery) werden spezielle

Typen von linearen und nichtlinearen Programmierungsproblemen behandelt, wobei zunächst durch einen Rückgriff auf ein in der ersten Arbeit entwickeltes Theorem über konvexe Polyeder eine vereinfachte Lösungsmethode für lineare Programmierungsprobleme gezeigt wird. Kapitel 13 untersucht ein Modell unter ganz bestimmten Voraussetzungen der wirtschaftlichen Realität (Preisspekulation), um daran zu demonstrieren, welche Möglichkeiten bestehen, um Lösungswege zu entwickeln, die ganz spezifische Modellvoraussetzungen berücksichtigen — im Sinne der eingangs geschilderten Wechselbeziehung wohl der instruktivste Beitrag. Die beiden letzten Arbeiten lassen gleichermaßen die Anlehnung an praktische Probleme mikroökonomischer („A Feasibility Algorithm for one-way Substitution in Process Analysis“) und makroökonomischer („Non-linear Programming in Economic Development“) Entscheidungsprozesse erkennen. Besonders der abschließende Beitrag kann als bedeutend für die Lösung von Entwicklungsprogrammen angesprochen werden. Die Modellvoraussetzungen lassen allerdings ihren Ursprung aus Arbeiten Chenerys und Kretschmers über Entwicklungsländer erkennen, die formalen Erweiterungen der Lösungsmethoden (Generalisierung des Leontief-Modells) verlieren dadurch nicht an Wert.

Die Gesamtanlage des Sammelbandes und die Durchführung im einzelnen lassen die gleiche Eleganz erkennen, die schon am ersten Band dieser neuen Reihe der Stanford University hervorzuheben war; der erfrischende und anregende Pioniergeist ist hier ebenso wie dort zu spüren. Man hätte sich nur außer den Literaturübersichten am Ende jedes Kapitels eine zusammenfassende am Schluß gewünscht.

Gerhard Kade - Berlin

Robertson, D. H.: *Lectures on Economic Principles, Vol. II*. London 1958. Staples Press Ltd. 162 p.

In diesem zweiten Teil eines dreibändigen Werkes über Grundprobleme der Nationalökonomie führt Robertson, em. Professor an der Universität Cambridge, seine aus der Weisheit des Alters und der Übersicht des Gelehrten, der noch aus der Tradition der Neoklassiker lebt, geschriebene Vorlesungsreihe fort. Waren es im ersten Band die Grundfragen der Wertlehre, so bietet Robertson hier die Distributionslehre, die in der Aufgliederung ihren Ursprung aus dem neoklassischen Denkschema der Angebots-Nachfrage-Analyse erkennen läßt. Der lebendige Stil des Vortrags, der in der Veröffentlichung aufrechterhalten wurde, macht das Buch besonders lesenswert, dringt jedoch nicht immer zu dem Grad der Systematik vor, den man sich gewünscht hätte. Den Leserkreis des Buches sucht man unter den ausgebildeten Theoretikern und Praktikern, die sich rückblickend durch eine Gesamtschau über die Grundlagen ihres Faches den Zusammenhang der Einzelfragen vor Augen führen wollen.

Gerhard Kade - Berlin

Chandler, Lester V.: *The Economics of Money and Banking*. Third Edition. New York 1959. Harper & Brothers, Publishers. 549 p.

Die dritte Auflage des bekannten Buches liegt nunmehr vor und bringt eine wesentliche Erweiterung und Verbesserung der früheren Auflagen. Sie behandelt das Banken- und Währungssystem als Ganzes unter den üblichen englisch-amerikanischen Aspekten. Große Teile des Buches sind stark pragmatisch, bringen aber viel recht interessantes historisches Material. An manchen Stellen bewegt sich das Buch nach kontinental-europäischen Begriffen an der Grenze zwischen Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre, doch ist es überwiegend volkswirtschaftlich gehalten. Jedenfalls eine interessante, lehrreiche und für den amerikanischen „way of thinking“ sehr charakteristische Studie.

Richard Kerschagl-Wien

Ott, Alfred E.: *Marktform und Verhaltensweise*. Stuttgart 1959. Gustav Fischer Verlag. 153 S.

Die Notwendigkeit, die neuesten Entwicklungsstufen der theoretischen Nationalökonomie als Folge der Unzulänglichkeiten vorangehender Modell- und Theorienbildungen zu verstehen, ist nicht bloß didaktischer Natur; gerade in den Sozialwissenschaften, wo dieser Entwicklungsgang scheinbar paradoxe Züge zeigt — die zunehmende Mathematisierung der ökonomischen Theorie geht mit wachsendem „Realismus“ und Erkenntniswert einher —, muß die Revisionsbedürftigkeit des traditionellen Denkansatzes aufgezeigt werden, weil damit erst sichtbar wird, weshalb und in welcher Form eine neue Anschauungsform zugrundegelegt werden muß. Das gilt besonders für so komplexe Theorienbereiche wie den der Marktformen. Auch wenn Ott nur das Spezialproblem der Beziehung zwischen struktureller und „behavioristischer“ Interpretation des Marktmodells herausreift, so läßt sich eigentliche Grundlagenkritik und damit „Theoriegeschichte“ nur betreiben, wenn man die ungenügende Isomorphie zwischen Modell und Realitätsstruktur sichtbar macht. Dazu setzt Otts Untersuchung lehrsgeschichtlich zu spät ein, gerade im Hinblick auf den primären Ansatzpunkt seiner Kritik an der strukturellen Marktformenlehre, die Verhaltensweisen. Denn man muß sich bei einer derartigen Untersuchung der Tatsache bewußt sein, daß zumindest seit J. St. Mill das Konkurrenzmodell nicht mehr ausschließlich ideologisch oder empirisch, sondern „axiomatisch“ motiviert ist. Die Besinnung auf die Qualifikationen des klassischen Konkurrenzmodells hätte deshalb auch die Gesichtspunkte der Kritik folgerichtiger erscheinen lassen.

Offenbar hätte ein solcher Ausgangspunkt den Rahmen der Untersuchung zu weit gespannt; es ist auch keineswegs so, daß Ott von einer enger gefaßten Fragestellung her nicht sein Thema bewältigt. Im Gegenteil, nimmt man die Existenz der strukturellen Marktformenlehre als ein gegebenes Stadium der Lehrgeschichte an, so zeigt der Verfasser auf dem Hintergrund einer gelungenen Präzisierung des

Gegenstandes seiner Kritik Ansatzpunkte der Revisionsbedürftigkeit durch Betonung des Marktverhaltens auf, die plausibel und lehrgeschichtlich gerechtfertigt erscheinen. Die Entwicklung der Marktformenlehre zu einer echten Theorie des Marktverhaltens, d. h. zu einer expliziten und umfassenden Berücksichtigung der Verhaltensweisen weiß Ott überzeugend zu schildern, wobei es ihm gelingt, Zwischenstufen (Klassifikation mit Hilfe des Elastizitätsbegriffs) und Typen der Lehre von den Verhaltensweisen übersichtlich zu systematisieren und zum Ausgangspunkt und untereinander abwägend in Beziehung zu setzen. Das gilt auch für das abschließende Kapitel, in dem der Autor die Bedeutung des spieltheoretischen Denkansatzes für die Erklärung des Marktverhaltens in einer kurzen, aber den Umbruch verdeutlichenden Übersicht analysiert. Gerade hier macht sich nun wieder die eingangs erwähnte mangelnde Breite des Fundaments der ganzen Untersuchung bemerkbar, denn der wesentliche kritische Ansatzpunkt — das Axiom der vollkommenen Information, das durch eine Fülle von Theorien über unvollkommene Märkte (v. a. Oligopol und bilaterales Monopol) nicht zu lösen war, weil man sich im Grunde nie bewußt war, welche begrenzenden Wirkungen der klassische und neoklassische Theorietyp für den Aussagespielraum hatte — wird zwar genannt, aber es fehlt die Beziehung zur ursprünglichen Klassifikation der Marktmodelle.

Im ganzen gesehen, zeigen die kritischen Anmerkungen nur, daß ein Gesichtspunkt — offensichtlich bewußt — ausgelassen wurde, der dieser präzisen Untersuchung an manchen Stellen noch mehr Systematik und Beweiskraft verliehen hätte. Daß Otts Buch auch in der vorliegenden Form eine übersichtliche Darstellung eines Kernstücks der mikroökonomischen Theorie bietet, kann ein solcher Einwand jedoch nicht in Frage stellen.

Gerhard Kade - Berlin

Esenwein-Rothe, Ingeborg: *Die Struktur des Bankwesens als Gegenstand wirtschaftsstatischer Analyse*. (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Band 9, hrsg. von Fritz Voigt.) Berlin 1959. Verlag Duncker & Humblot. 329 S.

Die Verf. unternimmt es, die amtliche Bankenstatistik vom Standpunkt „eines Konsumenten statistischer Zahlen“ kritisch zu beleuchten. Sie nennt ihre Untersuchung eine Strukturuntersuchung, dehnt diese jedoch auf die Strukturveränderungen der Bankwirtschaft der Bundesrepublik in den Jahren 1949 bis 1957 aus. Eine Fortsetzung bis Ende 1958 „erwies sich als undurchführbar“ durch Einbeziehung von Westberlin in die amtliche Bankenstatistik, der demnächst noch die Einbeziehung des Saarlandes folgt.

Die Verf. erörtert in sechs Hauptabschnitten den Inhalt einer Bankenstatistik (I), die Geschichte der Statistik des Bankwesens (II), die Statistik der organisatorischen, örtlichen und wirtschaftlichen Gliederung des Bankwesens (III), die Bankenstatistik in engerem Sinn (Kapitalausstattung, Passivgeschäfte, Vermögensstruktur, produktive Akti-

vität) (IV), Statistik der Bankenstruktur und bankenstatistische Gesamtrechnung (V) und Gesamtschau (VI). Der letzte Hauptabschnitt im Umfang einer knappen Seite wäre besser weggeblieben. Im I. Hauptabschnitt werden einige beliebige Kameralisten genannt, auf die Handelsakademiker des 18. Jahrhunderts und ihren Beitrag zur früheren Bankwirtschaft wird nicht hingewiesen. Die Grenze zwischen der sogenannten amtlichen Bankenstatistik und der übrigen Bankenstatistik (einzelner Institute, der Banken- und Sparkassenverbände) wird nicht streng eingehalten. In der Würdigung der amtlichen Bankenstatistik wird zwischen der Reichsbank und dem Statistischen Reichsamt nicht immer klar unterschieden. Die Verf. legt dem Kreditwesengesetz eine unverdiente Rolle „im Interesse der Allgemeinheit“ (S. 39) bei, ohne die fragwürdigen Intentionen und Auswirkungen dieses Gesetzes zu bedenken.

In der Darstellung der Statistik des Bankwesens finden ihre privaten Träger Erwähnung, auch im Hinblick auf die Ergänzung und Entlastung der amtlichen Bankenstatistik. Dadurch entsteht ein Gegensatz zu dem eigentlichen Inhalt der Untersuchung, welcher der amtlichen Bankenstatistik gewidmet ist.

In ihrer Abhandlung beschränkt sich die Verf. auf die Monats- und Jahresberichte der Bank deutscher Länder, seit 1957 der Deutschen Bundesbank, ergänzt durch Sonderstatistiken amtlichen Charakters. Ihre wohlbegründete und sachlich kaum zu widerlegende Ansicht dieser amtlichen Bankenstatistik gegenüber läßt sich dahin zusammenfassen, daß erhebliche Mängel leicht abgestellt, wesentliche Vorteile ohne Mühe erzielt werden könnten, wenn die Deutsche Bundesbank als maßgeblicher Träger einer solchen Statistik hinreichende Begründungen für ihre Auswahl von Bankinstituten und Bankziffern, für die von Zeit zu Zeit erforderlichen Änderungen in der Gliederung der Bankgruppen, für die Einbeziehung der Institute in die Bankgruppen geben würde. Die amtliche Bankenstatistik der Bundesrepublik leidet nicht unter der Dürftigkeit, sondern unter der Fülle der veröffentlichten statistischen Daten, so daß an der Quelle bereits und in zunehmendem Maße bei den eigentlichen Konsumenten der Statistik in Wirtschaft und Verwaltung, im Dienst der Wirtschaftsbeobachtung und der Vorbereitung bankpolitischer Maßnahmen die Nutzbarmachung des veröffentlichten statistischen Materials leidet — ein Übel, das seit Jahren in Wirtschafts- und Bankkreisen erkannt ist, ohne daß ihm bei der Deutschen Bundesbank abgeholfen würde, auch nicht nach den kürzlichen Änderungen in der Gestaltung ihrer Monatsberichte und in der Abstimmung von Text und Statistik.

Die materiellen Ergebnisse und statistischen Erkenntnisse der Untersuchung dürfen in Bankkreisen wie in wissenschaftlichen Kreisen der Volks- und Betriebswirtschaftslehre auf ein durchaus verdientes Interesse hoffen. Die Verf. hat das richtige Empfinden, daß zwischen der Bankwirtschaft und der Wirtschaftswissenschaft einschließlich Wirtschaftsstatistik auf deutschem Boden noch sehr vieles brach liegt, ohne daß sie sich zur näheren Begründung dieser Ansicht ausländischen

Beweismaterialies bedient. In ihrer Beurteilung statistischer Zahlen dürfte die „Gleichverteilung“ mehrfach als gültiges Ziel vorgeschwebt haben (vgl. S. 60—70); sie ist es nicht.

Nicht nur die Großbanken und Bankenverbände, vor allem die Träger der amtlichen Bankenstatistik und der Wirtschaftsstatistik dürften mit den kritischen Feststellungen dieser, bei geringfügigen äußeren Mängeln (Autorennamen, Firmennamen, Seitenzahlen des Lit.-Verz.) verdienstvollen Untersuchung sich ernsthaft auseinandersetzen.

H a n n s L i n h a r d t - N ü r n b e r g

Holden-Fish-Smith: *Industrielle Führungskunst*. Aus dem Amerikanischen ins Deutsche übertragen von H. G. Marek. Essen 1957. Verlag H. Girardet. 265 S.

Es handelt sich um die deutsche Übersetzung einer von der Graduate School of Business der Stanford University herausgegebenen Publikation. Die Arbeit basiert auf Untersuchungen, die die Stanford Universität in ausgewählten Betrieben vorgenommen hat. Als Kern der Führungskunst wird offenbar die zweckmäßigste Wahrnehmung der Funktionen Organisation und Kontrolle angesehen. Daneben werden aber auch grundsätzliche betriebspolitische Fragen mitbesprochen. Das Buch behandelt nicht in streng systematischer Form, sondern gewissermaßen nach der Wichtigkeit gruppiert, diese Problemkomplexe.

Der Darstellung der Lösung der Probleme der Führungsorganisation großer Unternehmen wird eine Zusammenfassung der Erkenntnisse und Folgerungen vorangestellt (Teil A). Die eigentliche Darstellung erfolgt in vier Teilen: ‚Führungsorganisation großer Unternehmungen (B)‘, ‚Das Unternehmen und seine Leistungen werden kontrolliert (C)‘, ‚Der Aufsichtsrat (D)‘ und ‚Der für die Untersuchung benutzte Fragebogen (E)‘. Die Darstellung wird durch Schaubilder sowie durch die Wiedergabe von Formularen belebt.

Als besonders instruktiv sind die folgenden Abschnitte bzw. Unterabschnitte zu bezeichnen:

1. Organisation der Unternehmensführung (S. 37 ff.),
2. Die Ausschüsse (S. 83 ff.),
3. Kontrolle der Unternehmenspolitik (S. 97 ff.),
4. Der Kapitalaufwand (S. 179 ff.),
5. Der Einsatz von Stabs- und Hilfsabteilungen (S. 184 f.),
6. Die Erzeugnisreihe (S. 168 ff.),
7. Kontrolle von Forschung und Entwicklung (S. 194 ff.).

Zu 1.: Innerhalb dieses Abschnittes werden in anschaulicher Weise die Möglichkeiten der Organisation der Hauptgeschäftsführung dargestellt und folgende Fälle untersucht:

- a) ein Generaldirektor führt allein die Geschäfte,
- b) ein Generaldirektor führt zusammen mit einem Vorstand die Geschäfte,
- c) ein kollegialer Vorstand führt die Geschäfte,
- d) der Aufsichtsrat übt selbst die Hauptgeschäftsführung aus (ein Fall, der nach dem deutschen Aktienrecht nicht möglich wäre).

In diesem Rahmen werden die Vor- und Nachteile der vier Gestaltungsmöglichkeiten dargestellt und ihr jeweiliger Anwendungsbereich angedeutet.

Zu 2.: Hier werden die Bedeutung des Konferenzprinzips und die Probleme der praktischen Realisierung dargestellt. Von besonderem Interesse sind die Ausführungen über Koordinierungsausschüsse. Hier kann die zukünftige Arbeit auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Betriebspolitik manche Anregung empfangen, wenn auch der organisatorische Gesichtspunkt stärker berücksichtigt wird als der betriebspolitische.

Zu 3.: Hier wird die Bedeutung der Grundsätze der Unternehmenspolitik dargestellt und die Wichtigkeit einer Bekanntmachung der Grundsätze und der Kontrolle der Anwendung der Grundsätze herausgearbeitet.

Zu 4.: In diesem Abschnitt werden organisatorische Grundsätze für die Kontrolle des Kapitalaufwandes entwickelt. Hauptsächlich geht es um die Regelung der Zuständigkeit für die Entscheidung größerer Projekte.

Zu 5.: In diesem Abschnitt werden u. a. die problematische Stellung der Stabs- und Hilfsabteilungen dargelegt und Lösungsmöglichkeiten zur Beseitigung der Schwierigkeiten ihres Einbaues in die Unternehmungsorganisation genannt.

Zu 6.: Im Abschnitt „Erzeugnisreihe“ werden Grundsätze der Erzeugnisplanung, der Analyse des Sortiments, der Vereinfachung und Typisierung vorgetragen und die Faktoren genannt, auf Grund derer Entscheidungen z. B. über das Ausscheiden von Artikeln aus dem Sortiment getroffen werden sollten.

Zu 7.: Hier wird alternativ vorgeschlagen, eine Kontrolle entweder durch den Etat oder durch Einzelkontrolle der Projekte auszuüben. In diesem Zusammenhang werden auch Typen von Kontrollplänen entwickelt und die Grundsätze dargestellt, die bei der Kontrolle von Forschung und Entwicklung Anwendung finden sollten.

Das Buch ist hauptsächlich für Unternehmer, Vorstände sowie für den Unternehmernachwuchs gedacht. Diesen Kreisen der Praxis wird es sicherlich wertvolle Anregungen geben können. Daneben stellt es aber auch eine wertvolle Arbeitsgrundlage für Studenten höherer Semester dar, die das gebotene Material als Bindeglied zwischen dem Hochschulunterricht gewonnenen, mehr oder weniger theoretischen Kenntnissen und den Aufgaben, die sich ihnen einmal früher oder später in der Praxis stellen werden, betrachten können.

K o n r a d M e l l e r o w i c z - B e r l i n

Welche Erfahrungen der Betriebswirtschaft können Staat und Kommunen für die wirtschaftliche Gestaltung ihrer Verwaltung und ihrer Ausgaben übernehmen? Gemeinsame wirtschaftliche Grundregeln in privater und öffentlicher Verwaltung. Gutachten, erstattet im Auftrage des Herrn Bundesministers der Finanzen. (Studien der Forschungsgesellschaft für Staats- und Kommunalwirtschaft

e. V., Frankfurt a. M., Band 2.) Göttingen 1958. Verlag Otto Schwartz & Co. 156 S.

Es handelt sich um eine Gemeinschaftsarbeit, die untersuchen soll, welche gemeinsamen wirtschaftlichen Grundregeln für die private Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung gelten. Die Arbeit wird gegliedert in einen allgemeinen Teil (Verf. Ministerialdirigent Augustin) und in acht Einzelthemen, die von verschiedenen Verfassern behandelt werden. Den Einzeldarstellungen sind Thesen angefügt. In der Anlage sind Erfahrungen aus Österreich und der Schweiz wiedergegeben. Abgesehen von Johns (Prof. in Tübingen) stammen die Verfasser ausnahmslos aus der Verwaltung. Dies dürfte kein Zufall sein. Einerseits hat sich die Betriebswirtschaftslehre bisher nur wenig mit einer Anwendung wirtschaftlicher Grundsätze in der Staats- und Kommunalverwaltung konkret befaßt, obwohl es die überwiegende Mehrheit ihrer Vertreter ausdrücklich ablehnt, nur Untersuchungen anzustellen, die lediglich Wirtschaftsbetriebe betreffen. Andererseits wird die Notwendigkeit einer verstärkten Einführung wirtschaftlicher Grundsätze bei den Behörden immer dringlicher, der Ruf der Öffentlichkeit nach einer Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung immer lauter.

Es ist zu begrüßen, daß hier einmal in einem größeren Rahmen versucht wird, die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Wirtschafts- und Behördenbetriebe herauszuarbeiten und zu versuchen, auch bei Behörden das einzuführen, was sich in der Wirtschaft bewährt hat. Besonders hervorgehoben sei der Beitrag von Ministeriadirektor Vialon, der die Frage untersucht: „Besteht in der öffentlichen Ausgabenwirtschaft ein natürliches Interesse an Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit? Wie kann es gefördert werden?“ Das Ergebnis dieser Untersuchungen kann vereinfacht wie folgt wiedergegeben werden: Anders als in Wirtschaftsbetrieben besteht in der öffentlichen Verwaltung kein natürliches Interesse der Beamten an Sparsamkeit, eher im Gegenteil. Dies läge überwiegend jedoch nicht im Wesen der Verwaltungsarbeit, sondern zu einem großen Teil an unzumutbaren Regelungen bzw. Praktiken. Darüber hinaus zeigt Vialon auch Wege, wie man diesen unerfreulichen Zustand abändern könnte. Sehr instruktiv ist auch der Bericht über die Schweizer Erfahrungen am Schluß des Buches.

Nicht ganz so positiv kann man als Betriebswirt einige der übrigen Beiträge beurteilen. Einerseits wird mehr als es m. E. richtig ist, der Unterschied zwischen Wirtschafts- und Behördenbetrieben herausgestellt, wonach sich dann zwangsläufig die Schlußfolgerung anbietet, daß insbesondere das betriebliche Rechnungswesen nur in sehr beschränktem Umfang für Behördenbetriebe in Frage kommt. Die Untersuchung eines Betriebswirtes, der seine Forschungen bisher vorwiegend auf Wirtschaftsbetriebe konzentriert hat, würde sicherlich auch dann zu einem günstigeren Ergebnis kommen, wenn er sich genügend mit den Besonderheiten des Behördenbetriebes vertraut gemacht hätte. Es ist um so erstaunlicher, daß dann in dem Buch z. B. die Ansicht vertreten

wird, bei Gewährung von Subventionen im weitesten Sinne (z. B. Gewährung verlorener Zuschüsse an Privatbetriebe, Gewährung zinsloser Darlehen und Gewähren von Bürgschaften) könne im wesentlichen so vorgegangen werden, wie es in der Wirtschaft üblich ist. Richtig daran ist sicherlich, daß hier mehr als bisher volks- und vor allem betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte Anwendung finden sollten. Kaum wird man jedoch eine so weitgehende Übernahme betriebswirtschaftlicher Grundsätze auf diesen Gebieten erwarten dürfen, wie es auf den Seiten 99 ff. von Oberregierungsrat Elfert gefordert wird. Wenn sich Unterschiede zwischen Wirtschaft und Behörden ergeben, so gerade hier. Es ist m. E. nicht nur Wirklichkeitsfremd, vom Gesetzgeber, d. h. von den parlamentarischen Körperschaften, eine derartige Änderung der Einstellung zu erwarten, sondern es wäre m. E. gesamtwirtschaftlich auch gar nicht zweckmäßig. Nur wenn man der Meinung wäre, daß der Staat möglichst dicht an das manchesterliche Ideal einer völlig ungesteuerten Wirtschaft herankommen sollte, könnte Elfert beige-pflichtet werden. Es besteht aber doch heute weitgehend Einigkeit darüber, daß eine gewisse Wirtschaftslenkung notwendig ist, daß ein völliges laissez-faire gar nicht im Interesse der Erhaltung einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist. Was abgelehnt wird, ist lediglich die bürokratische Lenkung der Wirtschaft. Dagegen gilt die Steuerung der Volkswirtschaft mit Hilfe etwa der staatlichen Steuerpolitik, der Darlehensgewährung usw. nicht nur als legitimes, sondern als ein unbedingt notwendiges Mittel in der Hand des Staates. Es kann deshalb z. B. bei der Vergabe zinsloser Darlehen oder der Vergebung von Bürgschaften nicht genauso vorgegangen werden, wie es in der — nach dem Erwerbsprinzip handelnden — Privatwirtschaft mit Recht geschieht.

Wenn man das Buch zusammenfassend beurteilen will, so wird man als Betriebswirt zu dem Ergebnis kommen, daß die Untersuchungen der Autoren verdienstlich sind, daß sie aber noch sehr ausgiebig der Ergänzung und z. T. auch der Korrektur bedürfen. Dabei sollten in stärkerem Maße, als es hier geschehen ist, Vertreter der Privatwirtschaft sowie der Wissenschaft eingeschaltet werden, weil diese höchstwahrscheinlich in geringerem Grade „betriebsblind“ sind. Andernfalls besteht die Gefahr, daß man einerseits auf den Gebieten, auf denen eine Übertragung betriebswirtschaftlicher Grundsätze nicht zweckmäßig wäre und deshalb schließlich scheitern müßte, eine Reform der öffentlichen Verwaltung beginnt, während andererseits an den Stellen auf die Anwendung betriebswirtschaftlicher Grundsätze verzichtet wird, an denen sie mit Nutzen für den Steuerzahler Berücksichtigung finden könnten.

Konrad Mellerowicz - Berlin

Wernet, Wilhelm: *Über die Lehrlingshaltung im Handwerk in wirtschaftlicher Sicht*. (Beiträge zur Handwerksforschung, herausgegeben vom Handwerkswissenschaftlichen Institut Münster i. W., Band 2.) Münster in Westfalen 1958. 120 S.

Dem Verfasser, Direktor des Handwerkswissenschaftlichen Instituts Münster/Westf., geht es in dieser Schrift vor allem um den Nachweis, daß grundsätzlich der Aufwand und der Nutzen, die sich für den Betrieb und den Lehrling aus der Lehrlingshaltung ergeben, im Handwerk nicht zu berechnen sind. Eine exakte Berechnung der dem Lehrling zu zahlenden Vergütung ist daher nicht möglich.

Anlaß zu dieser Untersuchung war eine Schrift von Hans Wahrmut, die im vergangenen Jahr im Auftrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes erschienen ist, und die den Titel trägt: „Die Kosten und Erträge der Lehrlingshaltung im Handwerk“. Es handelt sich hier um eine empirische Untersuchung, bei der durch eine Befragungsaktion versucht wurde, mit Hilfe der gänzlichen „Ökonomisierung“ des Lehrverhältnisses die These von der Rentabilität der Lehrlingshaltung zu beweisen. Dabei wird der gesamte Komplex der Lehrlingshaltung auf die Frage zurückgeführt, welche Kosten und welche Erträge, in Geld ausgedrückt, aus der Lehrlingshaltung erwachsen. Vom DGB wurde mit dieser Schrift das Ziel verfolgt, den Abschluß von Tarifverträgen auch auf das Lehrverhältnis auszudehnen. Und die Handwerksmeister, die grundsätzlich die Lehrlingsfrage aus dem Streit der Sozialpartner heraushalten möchten, blieben eine Antwort nicht schuldig. Über die Innungs- und Fachverbände wurden zahlreiche Gegenrechnungen veröffentlicht mit Ergebnissen, nach denen die Lehrlingshaltung für den Meister unrentabel ist.

Wernet untersucht nun in seiner Schrift die Frage, ob und wieweit derartige Rentabilitätsuntersuchungen überhaupt sinnvoll sind. Er hebt hervor, daß die entscheidende Leistung des Meisters die Erziehung und Ausbildung des Lehrlings ist, woraus andererseits auch wieder der Nutzen für den Handwerksbetrieb entsteht. Diese Hauptleistung ist immaterieller Natur und nicht quantifizierbar. Weder der Meister noch der Lehrling sind in der Lage, „dasjenige an menschlicher, fachlicher und beruflicher Qualifizierung zu messen und in Geldwert auszudrücken, was im Laufe der Lehrzeit an Wissen, Können, Erfahrung, charakterlicher Haltung und so fort vom Erwachsenen auf den Jugendlichen übergeht. Es ist aussichtslos, diesen Versuch auch nur in Erwägung zu ziehen“. Es ist nun das Verdienst von Wernet, daß er bei der Diskussion über die Lehrlingshaltung mit Nachdruck auf den besonderen Charakter und die innere Substanz der Lehrlingsausbildung durch den Handwerksbetrieb hinweist, die sich so grundsätzlich von einem bloßen Beschäftigungsverhältnis unterscheidet.

Der Verf. geht anschließend dennoch ausführlich auf die einzelnen Rentabilitätsuntersuchungen ein und stellt fest, daß in jedem Fall nur spezielle Verhältnisse berücksichtigt wurden, so daß mit dem Zahlenmaterial eine allgemeine Aussage nicht gemacht werden kann. Dabei setzt er sich auch ausführlich mit den Berechnungsschemata auseinander und kommt zu dem Ergebnis, daß weder auf der Einnahmeseite noch auf der Ausgabeseite ein einziger Posten zu finden ist, der ohne Vorbehalt als rechnerisch einwandfrei bezeichnet werden könnte. Ein

befriedigendes Ergebnis ist wegen der zahlreichen Unbekannten und Schätzungsfehler nicht zu erzielen.

Im Hinblick auf die Höhe der Erziehungsbeihilfen und die daran vom DGB geübte Kritik stellt der Verf. mit Recht fest, daß der Handwerksmeister, der einen hohen Aufwand an Zeit und Geld in die Lehrlingsausbildung investiert, selbst einen entsprechenden Nutzen durch den gutausgebildeten Altlehrling hat. Damit wird der Meinung entgegengetreten, daß für den Meister der Nutzen aus der Lehrlingshaltung um so größer wäre, je weniger er sich um die Ausbildung bemühe. Jeder, der mit den Verhältnissen des Handwerks vertraut ist, wird dem Verf. hierin beipflichten. Daraus folgt aber auch, daß damit vernünftigerweise jede herabsetzende Kritik an der ökonomischen Seite des Lehrverhältnisses entfällt, „denn jedermann wird es in Ordnung finden, wenn eine ergiebige Leistung sich bezahlt macht“.

K o n r a d M e l l e r o w i c z - B e r l i n

M e l l e r o w i c z , K o n r a d : *Forschungs- und Entwicklungstätigkeit als betriebswirtschaftliches Problem*. Freiburg i. Br. 1958. Rudolf Haufe Verlag. 300 S.

Unter Forschung und Entwicklung versteht der Verf. die gesamte betriebliche Tätigkeit, die darauf gerichtet ist, dem Unternehmen neue Erkenntnisse für mögliche neue Erzeugnisse und Verfahren und für neue Anwendungsmöglichkeiten zu gewinnen, und die von der Grundlagenforschung bis zur Entwicklung absatzreifer Erzeugnisse und fabrikationsreifer Verfahren und bis zur Erweiterung der Anwendungsmöglichkeiten vorhandener Erzeugnisse und Verfahren reicht. Er kennzeichnet das Wesen von Forschung und Entwicklung durch die große Belastung mit Risiko und das Fehlen eines substantiellen Kostenträgers und zeigt die Bedeutung dieses Tätigkeitsbereichs für die wichtigsten Industriezweige, indem er über die Höhe der Forschungsausgaben in USA und Großbritannien berichtet. Mannigfaltigkeit und Struktur der Forschungs- und Entwicklungsrisiken werden an Hand zahlreicher Beispiele aus der chemischen und der elektrotechnischen Industrie veranschaulicht, und es wird nachgewiesen, daß die Größe dieser Risiken und der große Zeitbedarf für die Durchführung der einschlägigen Arbeiten bis zur Marktreife die Finanzierung durch langfristig verfügbares Eigenkapital bedingen. Organisatorisch wird die Notwendigkeit der Ausgliederung der Grundlagenforschung aus dem Fertigungsbereich, und ihre unmittelbare Unterstellung unter die Geschäftsleitung begründet, während diese Maßnahme für die Zweckforschung und Entwicklung nur dann erforderlich ist, wenn diese Tätigkeiten erheblichen Umfang annehmen, wie es in der Großindustrie meistens der Fall ist. Die Organisationsgliederung dieser Bereiche nach Funktionen, räumlichen Gesichtspunkten, Objekten und Spezialeinrichtungen wird an Hand von Beispielen und Arbeitsabläufen erläutert. Einer gründlichen Untersuchung werden Planung und Kontrolle von Forschung und Entwicklung unter-

zogen, wobei die Darstellung von Beispielen für Entwicklungsantrag, Berechnung der Höchstgrenze des Aufwands für eine beantragte Entwicklung, Kontrolle des Aufwands, Aufstellung des Entwicklungsprogramms, Aufstellung und Kontrolle des Entwicklungsetats u. a. m. der Praxis wertvolle Anregungen bietet. Bei der Erörterung der Kostenerfassung und -verrechnung geht der Verf. von der einfachsten Methode aus, die darin besteht, daß sämtliche Forschungs- und Entwicklungskosten auf einer einzigen Entwicklungskostenstelle im BAB gesammelt und mittels eines einheitlichen Zuschlags auf die Herstellkosten — aber ohne Einbeziehung in diese — verrechnet werden. In den meisten Fällen entspricht dieses einfache Verfahren den zumutbaren Genauigkeitsansprüchen, weil eine präzise Abgrenzung zwischen positiven und negativen Entwicklungsergebnissen nur in Ausnahmefällen möglich ist, und weil meistens der Forschungs- und Entwicklungsaufwand stetig und ohne große Schwankungen anfällt. Eine differenzierte Verrechnung nach Erzeugnisgruppen kommt praktisch nur für einen Teil des Entwicklungsaufwands mit positivem Ergebnis in Betracht. Diese Kosten werden statistisch gesammelt (der Verf. zeigt ein Beispiel für den Nachweis von Typenkosten) und später den betreffenden Erzeugnisgruppen als Sondereinzelkosten des Vertriebsbereichs zugerechnet (Gegenbuchung in Kontenklasse 2). Der gesamte Forschungs- und Entwicklungsaufwand wird als Wagnisverlust der Kontenklasse 2 belastet, während die entsprechenden kalkulatorischen Kosten der Kontenklasse 4 belastet und der Klasse 2 erkannt werden. Je nach den Abgrenzungsmöglichkeiten wird statt eines einheitlichen Wagniszuschlags je ein Zuschlag für Forschungs- und Entwicklungswagnis verrechnet oder das Entwicklungswagnis wird in elektive Gruppenschläge unterteilt. In der Handelsbilanz sind nach wohlbegründeter Ansicht des Verf. Forschungs- und Entwicklungskosten nicht aktivierbar (weder als selbständige Bilanzposten noch in den halbfertigen und fertigen Fabrikaten noch als Rechnungsabgrenzungsposten). Ausnahmen bilden lediglich die Erprobungskosten von verkaufsfähig gewordenen Erzeugnissen, die zum Wertansatz der Normal-Herstellkosten entweder als Bestand an Fertigfabrikaten bis zu ihrem Marktübergang oder, wenn sie nicht für den Absatz, sondern z. B. für Ausstellungszwecke bestimmt sind, unter den Anlagegegenständen auszuweisen sind. Der Verf. widerlegt die z. T. abweichende Meinung der Vertreter der Finanzverwaltung mit triftiger Begründung. Im weiteren Verlauf seiner Untersuchung bezeichnet er erworbene Patente als aktivierungsfähig, aber nicht aktivierungspflichtig, Eigenpatente dagegen als nicht aktivierungsfähig. Den Formen des gewerblichen Rechtsschutzes, den Aufgaben und Kosten der Patentabteilung und den verschiedenen Arten von Lizenzverträgen widmet er ein besonderes Kapitel. Die Schrift ist eine vorzügliche Darstellung und erschöpfende Durchdringung des gesamten Problemkreises; sie verdient sorgfältige Beachtung durch Wissenschaft, Praxis und Finanzverwaltung.

Hermann Funke - Berlin

Grundgesetz. Loseblatt-Kommentar von Dr. Theodor Maunz, o. Professor an der Universität München, derzeit Bayerischer Staatsminister für Kultus und Unterricht, und Dr. Günter Dürig, o. Professor an der Universität Tübingen und Mitglied des Verwaltungsgerichts Stuttgart. 1. Grundlieferung; 2. Lieferung (Band Juli 1959) München und Berlin 1958/59. Verlag C. H. Beck. 544 S.

In den letzten Jahren hat die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes viel zur Ausdeutung und Klärung der Bestimmungen des zehnjährigen „Grundgesetzes“ beigetragen. Das allein schon rechtfertigt diesen neuen Kommentar aus berufener Feder, von dem soeben die erste Lieferung erschienen ist. In dieser werden u. a. der Einfluß der Europäischen Menschenrechtskonvention auf das deutsche Recht, die „Drittwirkung“ der Grundrechte, die Grundrechtsbildung der Tarifvertragspartner und des Fiskus erörtert. Bei der Kommentierung des Art. 2 wird eine Lehre der allen Grundrechten innewohnenden Nichtstörungsschranken entwickelt. Auch wird zum Züchtigungsrecht der Lehrer, zum Recht auf Bewegungsfreiheit und zur Zulässigkeit einer Klage gegen Akte der öffentlichen Gewalt Stellung genommen.

Die zweite Lieferung bringt im Grundrechtsteil eine umfassende Erörterung des Art. 19, Abs. 3, die bisher im Schrifttum fehlte. In diesem Zusammenhang wird auch zu den vieldiskutierten Fragen der „Grundrechtsmündigkeit“ natürlicher Personen und der Grundrechtsfähigkeit juristischer Personen des öffentlichen Rechts Stellung genommen. Im organisatorischen Teil werden u. a. das bundesstaatliche Gefüge und die institutionelle Garantie der kommunalen Selbstverwaltung erörtert.

Das Werk erscheint als Loseblatt-Ausgabe, damit wesentliche Neuerungen bis zum Erscheinen der letzten Lieferung berücksichtigt werden können. Auch soll nach der Komplettierung des Kommentars Änderungen des Gesetzestextes und grundlegenden Entscheidungen durch Ergänzungsblätter Rechnung getragen werden.

G e o r g J a h n - Berlin

Waffengesetz. Kommentar von Amtsgerichtsdirektor Dr. Gerhard Potrykus. München und Berlin 1959. Verlag C. H. Beck. XV, 257 S.

Da es an einer dem neuesten Stand entsprechenden Darstellung des Waffenrechts fehlt, kommt dieser Kommentar ohne Zweifel einem Bedürfnis entgegen. Er bringt eine gemeinverständliche, eingehende Erläuterung des Gesetzestextes und der Durchführungsverordnung vom 19. März 1938. Die praktische Brauchbarkeit des Buches wird dadurch erhöht, daß im Anhang die wichtigsten Ausführungsbestimmungen des Reiches aus der Zeit vor 1945 sowie in einem Länderteil die zum Teil voneinander abweichenden Richtlinien sämtlicher Länder der Bundesrepublik, einschließlich Berlins, zur Wiederverwendung des Waffengesetzes und die Bekanntmachung der beteiligten Bundesministerien über das vorläufige Kriegswaffengenehmigungsverfahren abgedruckt worden sind.

G e o r g J a h n - Berlin